

# Berliner Volksblatt.

## Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“ erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 M. Einzelne Nr. 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustr. Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1885 unter Nr. 746.)

**Insertionsgebühr** beträgt für die 3 gespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

**Redaktion: Benthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.**

### Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Oktober eröffnen wir ein neues Abonnement auf das

### „Berliner Volksblatt“ mit der Gratisbeilage „Illustrirtes Sonntagsblatt“.

Unser Blatt, welches die Interessen der Arbeiter treu und fest gewahrt hat und ferner auch wahren wird, steht nunmehr auf anderthalb Jahre seines Bestehens zurück. In dieser Zeit haben wir manche Erfahrung gesammelt, wir haben erkannt, daß unsere Aufgabe nicht leicht ist, aber wir haben unser ganzes Vertrauen auf die Berliner Arbeiterwelt gesetzt, und dieses Vertrauen ist nicht getäuscht worden. Zahlreiche Freunde hat das „Berliner Volksblatt“ sich in der Zeit seines Bestehens erworben, und die Arbeiter sehen ein, daß wir ihre Interessen nach bestem Wissen und nach bestem Können vertreten. Unser Programm ist bekannt, wir brauchen es hier nur kurz anzudeuten.

Wir treten zunächst ein für politische Freiheit, allgemeines gleiches direktes Wahlrecht für Reich, Staat und Gemeinde, Vereins- und Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit, gleiches Recht für Jedermann. Aber neben der politischen Freiheit kämpfen wir für soziale Gleichberechtigung. Diese wird angebahnt durch Erstrebung höherer Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit, Abschaffung der Sonntags- und Kinderarbeit, Regelung der Gefängnisarbeit, Beschränkung der Frauenarbeit und Einführung einer Maximalarbeitszeit und in Verbindung damit auch eines Minimalarbeitslohnes. — Politische Freiheit, soziale Gleichberechtigung, das ist unsere Parole.

### Arbeiter, Handwerker Berlins!

Die Kommunalwahlen nahesten heran, und wenn in der Kommunal-Verwaltung etwas in unserem Sinne erreicht werden soll, dann dürft Ihr auch Euer Organ nicht vergessen, welches Euch im Wahlkampf gegen Heuchelei und Reaktion kräftig zur Seite stehen wird. — Im nächsten Quartal werden wir im Feuilleton des Hauptblattes den spannenden Roman

### „Die Hand der Nemesis“ von Ewald August König

veröffentlichen. Der Name des Verfassers giebt hinlängliche Bürgschaft für den Werth des Werkes. Eine besondere Sorgfalt wird unserer illustrierten Gratisbeilage zugewendet werden, wir bringen zunächst den Roman „Sünden der Väter“. Der Roman schildert in fesselnder Weise die politischen und sozialen Zustände Rußlands. Von aufrichtiger Wahrheitsliebe befeuert, entrollt der Verfasser ein ergreifendes Bild des von den wildesten Leidenschaften zerrissenen Nachbarreiches. Die zweite Novelle: „Frau Therese“, von den lebenswürdigen Erzählern Erdmann-Chartrou, wird allen unseren Lesern gleichfalls einen hohen Genuß bereiten. Keiner dürft die Novelle, ohne ernste Anregung und Belehrung empfangen zu haben, aus der Hand legen.

### „Berliner Volksblatt“ mit der Gratisbeilage „Illustrirtes Sonntagsblatt“

loftet wie bisher 4 Mark pro Quartal, 1 Mark 35 Pf. pro Monat, 35 Pf. wöchentlich. Bestellungen werden von sämtlichen Zeitungs-Expeditoren, sowie von der Expedition, Zimmerstraße 44, entgegengenommen. Für Außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen an.

Wohl sind wir der festen Ueberzeugung, auch bis jetzt schon unsere Schuldigkeit gethan zu haben, aber immer noch mehr soll es unsere Aufgabe sein, unserem Berufe, die Interessen des arbeitenden Volkes wahrzunehmen, gerecht zu werden.

Die Redaktion des „Berliner Volksblatt“.

### Deutschlands Entwicklung.

Wer möchte es bestreiten, daß das Deutsche Reich unter den Mächtigen der Erde der mächtigsten Einer ist, besonders wenn es gilt, die Macht durch Bajonette und Kanonen zu beweisen?

Wer möchte bestreiten, daß in der übrigens nicht einmal zum Abschluß gelangten Einigung der Einzelstaaten Deutschlands ein politischer und nationaler Fortschritt liegt?

Wer möchte bestreiten, daß die politische Organisation des Deutschen Reiches, die ihren Schwerpunkt im Bundesrat und im Reichstag hat, immerhin doch eine bessere ist, als die frühere des Deutschen Bundes, die in dem Bundestag ihren Ausdruck fand?

So haben wir durch die Gründung des Deutschen Reiches immerhin einen, wenn auch keinen so überaus großen Fortschritt, wie dies so oft behauptet wird, gemacht. Doch das Volk selbst wird dieses Fortschritts wenig froh, da die wirtschaftlichen Verhältnisse sich verschlechtert haben trotz alles Ableugnens, da die Kulturentwicklung im Reiche in Stodung gerathen ist.

Auch der innere Ausbau in freihändlerischer Beziehung steht im Zeichen des Krebses; man hört überall Klagen, wenn man nur offene Ohren hat.

Run wollen wir nicht behaupten, daß die Gründung des Deutschen Reiches und die politische Machtstellung desselben an sich schuld an dem wirtschaftlichen Rückgang

des Volkes seien, aber sie haben diesen Rückgang nicht verhindern können und das ist wahrlich schlimm genug.

Wenn es früher in Deutschland recht schlecht in wirtschaftlichen Dingen stand, ja, wenn Hungersnoth eintrat, so hoben die echten Deutschthümer alles das auf die Bundestagsmiserie, auf das zerrissene Deutsche Reich. Man hoffte vollständige Heilung von dem gemeinten Deutschen Reiche. Wir haben dasselbe und dennoch ist es in wirtschaftlicher Beziehung nicht besser geworden.

Es war nicht besser unter der Freihandelsära, es ist nicht besser geworden unter der Ära der Schutzpolitik!

Es ist stetig und im Allgemeinen in Deutschland schlechter geworden.

Den mathematischen Beweis für diese Behauptung werden wir hier führen.

Die in München erscheinende „Allg. Ztg.“ ist gewiß eine unerbüchliche Quelle. Sie behauptet, daß in Deutschland die Zahl der Bedürftigen, welche keine direkten Abgaben zahlen, weil ihr Einkommen den Betrag von 525 Mark jährlich nicht übersteigt, in größerem Umfange gewachsen sei, als die Zahl der Bevölkerung überhaupt.

Die Zahl der „Bedürftigen“ giebt das genannte Blatt im Jahre 1876 auf 6 379 856 an, während dieselbe im Jahre 1880/1881 auf 7 825 781 gestiegen war.

Die Bevölkerungsziffer im Deutschen Reiche in ihrer

Gesamtheit aber betrug im Jahre 1876 — 43 057 000 und im Jahre 1881 — 45 393 000.

Während also die Zahl der „Bedürftigen“, also derer, welche ein Einkommen unter 525 Mark haben, in 5 Jahren um 1 445 925 gewachsen ist, stieg die Gesamtbevölkerungsziffer nur um 2 336 000 Personen!

Steuerzahler sind aber nur die Ernährer der Familie, resp. die Personen, welche ein Einkommen haben. Ausgeschlossen sind Kinder, Unmündige, Greise u. c., für welche der Steuerpflichtige zu sorgen hat. Ganz in demselben Verhältnisse aber befindet sich auch der wegen zu geringen Einkommens von der direkten Steuer Befreite; auch auf seine Person kommen die Familienmitglieder u. s. w., so daß man nicht fehl geht, wenn man auf jeden „Ernährer“ noch zwei Personen — es ist eher zu wenig, als zu viel — rechnet.

Danach würde sich die Zahl der „Bedürftigen“ mindestens verdreifachen und wir würden als Gegenatz zum Wachstum der Gesamtbevölkerung von 2 336 000 Personen, ein Wachstum von 4 337 775 „bedürftigen“ Personen erhalten!

Das bedeutet einen kolossalen Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse!

Aber auch im Allgemeinen ist die Lebenshaltung der unteren Klassen in Deutschland eine überaus traurige, da z. B. die Hälfte aller Erwerbsthätigen weniger, als 525 Mark jährlich verdient und verausgaben kann; nun müssen dann noch zwei nicht erwerbsthätige Personen hinzugerechnet

sein Sohn, und darum sollte ich ihn an Kindesstatt annehmen; und seine Gattin, die sanfte Dulderin, die er für seine entfernte Verwandte ausgab, wie sie von Glück strahlte, als der Knabe sich zärtlich an sie anlehnte! O, ich hätte es errathen müssen, aber dergleichen lag ja zu weit aus dem Bereich meiner Fassungskraft! Und ich gab ihm mein Wort, ich bin noch Mormonin!“ fügte sie mit dem Ausdruck des Entsetzens hinzu. „Ach, es ist schrecklich, schrecklich, so hintergangen zu werden! Und Beatherton! Osel! Beatherton befindet sich in seiner Gewalt! Was kann er von einem solchen gewissenlosen Menschen erwarten?“

„Beruhige Dich, mein Kind,“ gab Janfen zur Antwort, aber in seinen Zügen sprach sich eine gewisse Unruhe aus, welche ihn bei der Erinnerung an Beatherton, und an die Mittel, die Eliot zu Gebote standen, beschlich; „das Versprechen verliert seine Kraft, sobald Du Deinen Austritt aus der Mormonenkirche mir allen Ernstes anzeigst, und wenn ich auch um Dich traure, mein Kind, so werde ich Dich deshalb doch nicht zürnen. Dir und Deiner Schwester gegenüber habe ich jetzt nur noch die heilige Pflicht, darüber zu wachen, daß man Euren freien Entschlüssen fortan kein Hinderniß mehr entgegenstellt. Doch nun laßt es genug sein für heute, meine Kinder,“ fuhr er ergriffen fort, als die beiden Schwestern sich an ihn herandrängten und ihm dankbar die Hände drückten, „der brave Mann, der auf dem Herwege so erhebende Worte zu uns sprach, hat die gerechtesten Ansprüche auf die größten Rücksichten von unserer Seite. Er wird auf uns warten, kommt, aber ich bitte Euch, quält Euch nicht weiter mit trüben Mutmaßungen und schwarzen Befürchtungen. Genießet das Glück, Euch wiedergefunden zu haben, und überlaßt es mir allein, den weniger freundlichen Theil Eurer Lage in's Auge zu fassen; ich habe mich ja schon längst mit dem Gedanken vertraut

**Feuilleton.**  
**Das Mormonenmädchen.**  
Amerikanische Erzählung  
von  
**Waldwin Möllhausen.**  
(Fortsetzung.)

„Mag ich mit blindem, nach meiner Ueberzeugung gerechtfertigtem Gehorsam stets das Interesse unserer Religion im Auge behalten und dadurch Euch geschadet haben, das aber, meine Kinder, verspreche ich Euch bei meiner Seligkeit, so weit ich einen Einfluß auf Euer Geschick ausübte, handelte ich nur so, wie ich glaubte vor Euch und vor Gott verantworten zu können. Ihr waret Mormoninnen, und als solche unterthan den im Mormonenthum vorgeschriebenen Gesetzen. Wurde Euch irgend etwas verschwiegen, so geschah es, um Euch die Uebernahme der göttlichen Sendung, zu welcher das Weib berufen ist, zu erleichtern, Euren laum befestigten Glauben nicht sogleich wieder an alten, angekamnten Vorurtheilen zerschellen zu lassen. Es ist Alles anders gekommen, wie ich hoffte und erwartete. Ihr werdet nach den gemachten Erfahrungen und wie ich Eure Gemüther jetzt durchschaue, kaum geneigt sein, der heiligen Lehre des Mormonenthums noch länger anzuhängen. Wenn es mich betrübt, so tabelt ich Euch deshalb nicht. Ihr seid unglücklicher Weise gerade mit solchen Mitgliedern unserer Gemeinde in nähere Berührung gekommen, die darauf ausgingen, Euch und mich schmachvoll und auf unverzeihliche Art zu hintergehen. Glaubt aber nicht, daß deshalb schon alle Treue und Redlichkeit aus unserer Gemeinde verschwunden sein müßte; nein, gewiß nicht. Die achtbaren Männer in

unserm Thale zählen nach Tausenden, nach Tausenden zählen die Familien, in welchen die Frauen, ihrem heiligen Berufe treu und nicht ängstlich lebend an ererbten Gebräuchen, sondern sich entscheidend für noch ältere und ehrwürdigeren, sich zu den Glückseligsten ihres Geschlechtes auf dem ganzen Erdball rechnen.

„Mit solchen Beispielen vor Augen und mit der reinen Lehre des Mormonenthums im Herzen verschwiegte ich Dir, meine arme Editha, daß Du möglicherweise Deine Stellung als Gattin noch mit anderen, Dir gleichberechtigten Frauen würdest zu theilen haben, und ganz aus denselben Gründen blieb es vor Deiner Schwester geheim, daß Eliot bereits zwiefach verheiratet sei. Ihr schaudert zurück, weil Ihr den wahren Sinn des reinen Mormonenthums noch nicht begriffen habt und voraussichtlich nie begreifen werdet, Ihr seid eben nicht zu Anhängern der geläuterten Religion geschaffen.“

„Meine liebsten Hoffnungen und Pläne sind jetzt zerrümmert, und es wird mir wohl beschieden sein, fern von denen, an welche mich die Bande der verwandtschaftlichen Liebe und Anhänglichkeit fesseln, mein Leben zu beschließen. Ja, zerrümmert sind sie, denn Du, meine arme, schwer geprüfte Editha, bist von Deinem Gatten mißhandelt worden, indem er auf Deine Wünsche keine Rücksicht nahm, Dich sogar in Deinen Briefen zu Gespöhläußerungen zwang, die Dir fremd waren, und Dich dadurch in die Wildniß hinaustrieb. — Du aber, meine gute Editha, darfst hinfert keine Gemeinschaft mehr mit dem Mann haben, der sich mit betrügerischen Absichten an der Unterschlebung eines fremden Kindes betheiligte. Denn er hat darum gewußt, er muß darum gewußt haben.“

„Es war sein eigener Sohn, Osel!“ rief Editha aus, vor deren Geist es allmählig immer klarer wurde, „es war

werden, dabei läme auf die Person eine jährliche Ausgabe von 175 M.!

Fürst Bismarck hat einmal dgs nothdürftige Einkommen einer Arbeiterfamilie auf 750 Mark angegeben — gewiß nicht zuviel. Trotzdem bleibt dasselbe aber bei mindestens  $\frac{1}{3}$  der Arbeiterfamilien hinter diesem Satz zurück!

Das sind Zustände, die Aenderung verlangen, falls Deutschland nicht von seiner politischen Höhe in den wirtschaftlichen Abgrund versinken soll.

Wenn man den oben angegebenen Zeitraum, in welchem die Zahl der „Bedürftigen“ so enorm gestiegen ist, also den Zeitraum von 1876—1881 ins Auge faßt, so theilt sich derselbe in drei freihändlerische und drei schutzzöllnerische Jahre. Man sieht aber daraus, daß, wie wir schon andeuteten, diese verschiedenen Wirtschaftssysteme keinen besonderen Einfluß auf den Aufschwung oder Niedergang einer Nation in wirtschaftlicher Beziehung im Allgemeinen ausüben. Mag beim Schutzsystem der „Nationalreichthum“ mehr in die Taschen der Großgrundbesitzer und Großfabrikanten fließen, mag beim Freihandelsystem der Großkaufmann und der Banquier den Löwenanteil erhalten, der Arbeiter geht leer aus bei beiden Systemen; immer mehr „Bedürftige“ entstehen.

Deshalb muß mit beiden „Systemen“ gebrochen werden, deshalb muß ein System eingerichtet werden, bei dem die Arbeiter zu ordentlichem Verdienst und zu ihrem Rechte gelangen. Angebahnt wird dasselbe durch ein vollständiges Arbeiterschutzgesetz, durchgeführt wird es durch eine verständige Regelung der Produktionsweise.

Deutschlands Kulturentwicklung sieht dabei auf dem Spiele.

## Politische Uebersicht.

Der Reichstag soll, wie jetzt verlautet, zum 10. oder 12. November einberufen werden. Bezüglich der Festsetzung der Termine zu den Landtagswahlen wird daran festgehalten, daß dieselben am 5. bezw. 12. November stattfinden werden.

Der Kulturzustand eines Landes wird nicht mit Unrecht nach dem Lohnbedürfnis des Volkes geschätzt. Wenn gleich nun die Zeitungsliteratur nicht allein maßgebend sein kann, so giebt sie doch den Maßstab für die andere Lektüre an. Von allen Ländern der Welt stehen die Vereinigten Staaten von Amerika mit 12 500 Zeitungen und Zeitschriften (darunter 1000 täglich erscheinende) in erster Linie da. Kanada hat 700 Zeitungen und in der Argentinischen Republik (Südamerika) erscheinen 60 Blätter. In Europa, wo ca. 20 000 Zeitungen erscheinen, steht Deutschland mit 5500, darunter 800 täglich erscheinende, oben an. Sodann kommen Großbritannien mit 4000, darunter 800 täglich erscheinende, und Frankreich mit zusammen 4092, aber nur 360 Tagesblätter. Italien hat 1400 Blätter; es erscheinen davon 200 in Rom, 140 in Mailand, 120 in Neapel, 94 in Turin und 79 in Florenz. Oesterreich-Ungarn publiziert 1200 Blätter (davon 150 täglich). Spanien hat ungefähr 850 Blätter, wovon ein Drittel politische sind, Rußland nur 800, wovon allein 200 auf Petersburg und 75 auf Moskau kommen. In Griechenland erscheinen über 600 Zeitungen, davon 54 in Athen, in der Schweiz 450, in Holland und Belgien je 300, Der Welttheil Asien, die Wiege der Kultur, spiegelt die Kultur seiner Menschenmassen nur in 3000 publizistischen Organen wieder, davon kommen nicht weniger als 2000 allein auf Japan, die einzigen Organe in China dagegen, welche nicht von den Residenten in den Vertragshäfen herausgegeben werden, sind der „Ning-Pao“, offizielles Organ für Peking, der „Chen-Pao“ und der „Hu-Pao“ in Shanghai und das im letzten Jahre in Korea ausgegebene Regierungs-Journal. Drei Blätter erscheinen in Französisch-Cochinchina und eines in Tongking, alle übrigen auf Asien gerichteten Organe, mit Ausnahme von sechs persischen, erscheinen in Indien. Dem „dunkeln Welttheil“ Afrika darf man noch mehr Schwärze, nämlich Druckerchwärze, wünschen, damit es hell in ihm wird, in ihm erscheinen nur 200 Zeitungen, wovon drei in Egypten, die übrigen in den französischen und englischen Kolonien. Australien hat 700 fast nur englische Zeitungen, die Sandwich-Inseln 8, wovon 5 in englischer und 3 in der Eingeborenen Sprache erscheinen. Von den aufgeführten 35 000 periodischen Zeitschriften erscheinen 16 500 in englischer, 7800 in deutscher, 6850 in französischer, 1600 in spanischer und 1450 in italienischer Sprache. — Nehmen wir nun die vier großen Kulturländer, Nordamerika, England, Deutschland und Frankreich und vergleichen die Zahl der Einwohner mit der Zahl der Zeitschriften, so steht Nordamerika allen übrigen weit voran, auf noch nicht 5000 Personen kommt eine Zeitung; in England auf ca. 7500, in Deutschland auf 8500 und in Frankreich auf ca. 9500 Personen.

gemacht, Euch für den Rest meines Lebens entbehren zu müssen.“

Herttha und ihre Schwester nahmen den kleinen Knaben zwischen sich und schritten schweigend dem Selte zu, hinter welchem das Wahl und der freundliche Missionär ihrer mit gleicher Geduld harreten.

„Geniehet Euer Glück,“ hatte Jansen zu ihnen gesagt; sie aber blieben stumm; sie waren noch zu tief bewegt von dem Wiedersehen und allen den Nebenumständen, welche dasselbe begleiteten.

Das stürmische Entzücken, die laut und schmerzlich geäußerten Befürchtungen und das Erstaunen, welches fast jeder Aenderung auf dem Fuße nachfolgte, waren einer ruhigen Ueberlegung gewichen. Nochten auch Besorgnisse mancher Art ihre Phantasie noch beschäftigen, so war doch jenes innige, stille, sich durch äußerliche Merkmale nur wenig verrathende Dankbarkeitsgefühl gegen die Vorsehung in ihre Brust eingezogen, welches gewöhnlich aus glücklichen Ereignissen hervorgeht, oder auch aus dem Bewußtsein entspringt, einer drohenden Gefahr im entscheidenden Augenblick entronnen zu sein.

Jansen, die ernst n, sinnenden Blicke beständig auf die beiden Schwestern gerichtet, befand sich nur wenige Schritte hinter ihnen. Er hatte das Haupt sorgenschwer auf die Brust geneigt und die Hände auf dem Rücken in einander geschlagen. Seine hohe, kräftige Gestalt schien bedeutend kleiner geworden zu sein, so sehr prägte sich in derselben der Kummer aus, welchen die jüngsten Erlebnisse und Erfahrungen ihm bereiteten. Es war ja ein zu harter Schlag für ihn, daß auch das Mormonenthum, zu welchem er sich, als der einzig reinen und wahren Religion, bekannte, unter seiner Gemeinde Mitglieder zählte, die vor dem schwärzesten Verbrechen nicht zurückschreckten und durch ihre Verderbtheit, in den Augen der übrigen Welt einen trüben Schatten über die ganze Bruderschaft der Heiligen der letzten Tage werfen mußten.

Erst als Alle, selbst die zu der kleinen Karavane gehörigen Indianer, zum gemeinschaftlichen Mahl vor dem Küchenfeuer auf dem grünen Rasen lagerten und der Missionär, nachdem er den Segen gesprochen, in seiner wohlwollenden, Vertrauen erwecken-

Ein sonderbarer Vorwurf. Professor Birchow hat auf der jüngsten Naturforscherversammlung zu Stragburg einen Vortrag über Kolonialpolitik gehalten, in welchem er nachwies, daß an Erfolge in Afrika und Neu-Guinea für Deutschland nicht zu denken sei. Daraus hat bemerkten nationalliberale Blätter: „Der Standpunkt Birchow's mußte dem deutschen Volke im Grunde nichts anderes zu, als sich aus der Liste der lebensfähigen Nationen selbst zu streichen.“ — Das bisheren Kolonialpolitik, welches wir gegenwärtig treiben resp. treiben können, soll also die Lebensfähigkeit des Deutschen Reiches beweisen?! Wahrlich dann sieht es traurig mit dieser Lebensfähigkeit aus. Ist Deutschland, trotzdem es seine überseeischen Besitzungen hat, nicht längst schon die drittgrößte sechandeltreibende Nation in Europa? Woju da die sicherreicheren Besitzungen in Afrika? Pflege man das Ertrugene, pflege man das eigene Land, pflege man die guten Beziehungen unter den Völkern und treibe keine Abenteuerpolitik — das ist der Grundgedanke, der aus den Birchow'schen Ausführungen durchleuchtet, und Birchow hat nach dieser Richtung hin völlig Recht.

Das Lehrerpensionsgesetz schließt bekanntlich die Lehrer an den sogenannten Mittelschulen von den Wohlthäten dieses Gesetzes aus, während dieselben auch andererseits im gesetzlichen Sinne weder den Lehrern an den höheren Schulanstalten, noch denen an den technischen Schulen gleich erachtet werden. Wie der „Berl. Börs. Cour.“ hört, wird im Kultusministerium augenblicklich die Frage einer näheren Ermäßigung unterzogen, inwieweit hier auf gesetzlichem Wege eine Abhilfe des besagten Umstandes herbeizuführen sei.

Von dem Segen der Schutzpolitik soll nach Angabe einer Anzahl national konservativer schutzzöllnerischer Blätter auch ein gut Theil auf Apolda und Umgegend gefallen sein. Entgegen dieser Behauptung erklärt jetzt der Vorstand der Apoldaer Wirtheverbände eine Erklärung, wonach das Gegentheil von Allem der Fall sei. Der Geschäftsgang in der Apoldaer Wollwaarenbranche sei so darniederliegend, daß ein sehr großer Theil der Arbeiter seit Monaten brodlos sei, auch ein Aufschwung zum Besseren sei für dieses Jahr nicht zu erwarten. Es sind nicht nur die bei der Hausindustrie beschäftigten Arbeiter von der Arbeitslosigkeit betroffen, sondern auch eine große Anzahl Arbeiter aus den Fabriken entlassen worden, darunter solche, welche 12, 16 und noch mehr Jahre in den betreffenden Etablissements beschäftigt waren. Sorge und Noth, sagt der Vorstand, hätten in vielen Familien ihren Eingang gehalten. Wenn der Vorstand dafür in erster Linie die Buchhaltungsarbeit verantwortlich macht, so mag er bis zu einem gewissen Grade Recht haben. Der Hauptgrund aber liegt wohl in dem zurückgegangenen Export und in der verminderten Kaufkraft der deutschen Rundschau, eine Thatsache, welche von allen Geschäftskundigen konstatiert wird. Für die neue Wirtschaftspolitik ist diese Thatsache ein sehr bedenkliches Symptom.

Konduitenlisten über Jedermann. Der „Freis. Blg.“ wird geschrieben: Das königliche Polizeipräsidium in Magdeburg verwendet zu denjenigen Anfragen, welche dasselbe an andere Polizeiverwaltungen über Personen richtet, welche sich im dortigen Bezirk niederlassen wollen, Formulare, denen eine Rubrik beigedruckt ist: „Politische Gesinnung.“ Diese Formulare sind gedruckt bei C. Baensch jun., Breitenweg, in Magdeburg. Wenn das auch nur alle königlichen Polizeiverwaltungen ein Jahrzehnt hindurch durchgeführt haben, so existiert eine politische Konduitenliste, wie sie noch nie da war! Wir bitten aber um Auskunft: 1. mit welchem Rechte eine Polizeiverwaltung an eine andere amtlich die Frage über die politische Gesinnung eines unbescholtene Mannes richten darf? 2. warum man, wenn die Frage zu 1. auf Grund einer gesetzlichen Bestimmung bejaht werden könnte, nicht der Vollständigkeit halber noch eine weitere Rubrik hinzugefügt: „Hat er in den letzten zehn Jahren seine politische Gesinnung gewechselt?“

Die Schulverhältnisse in Mecklenburg werden recht drastisch durch einen Brief illustriert, den ein Einwohner von Sülz in Mecklenburg an eine konservative Zeitung richtet. Es heißt in diesem Schreiben: Die unterste Klasse der Schule wurde im vorigen Jahre von 90 Kindern besucht, in diesem von 116. Fast jährlich ereignet es sich, daß von einem eingeschuldeten ritterschaftlichen Gute Kinder im Alter von 9 bis 11 Jahren sich zum ersten Male zur Schule stellen; sie müssen dann in die unterste Klasse eintreten und hier mit den sechs-jährigen zu lernen anfangen. Auch scheinen die Leute jenes Gutes es schon als besonderes Vorrecht anzusehen, die Kinder nicht sofort nach Erreichung des schulpflichtigen Alters der Schule zu überweisen, wenigstens weigerte sich ein Elternpaar, sein Ostern schulpflichtig gewordenen Kind in die Schule zu schicken, bis jetzt mit Erfolg. Als weitere Kuriosität wird hervorgehoben, daß der Lehrplan der Sülzer Stadtschule vor zwei Jahren verloren gegangen und noch nicht durch einen anderen ersetzt ist.

Ueber die Verhaftung angeblicher Anarchisten schreibt man der „Freis. Blg.“ aus Kiel folgendes: Als der dänische Dampfer „Aurora“ Sonntag Morgen aus Kopenhagen hier eintraf, begaben sich mehrere hiesige Polizeibeamte an Bord

den Weise die Unterhaltung eröffnete und, die wunden Stellen in den Gemüthern theils kennend, theils errathend, gerade solche Worte und Bemerkungen auswählte, die eine lindernde und aufmunternde Wirkung ausübten, wick der Druck, der wie ein Bann auf den einzelnen Personen zu lasten schien, und der sie mehr zu Zuschauern, als zu wirklichen Theilnehmern an dem Mahle machte.

Immer häufiger erhellen sich Herttha's und Editha's Züge zu einem glücklichen, wenn auch wehmüthigen Lächeln, indem sie den zwischen ihnen lauernden und munter plaudernden Knaben beobachteten, oder sich gegenseitig alle die kleinen Aufmerksamkeiten erwiesen, nach welchen das sinnige weibliche Gemüth gleichsam hascht, wenn es sich die Aufgabe gestellt hat, Jemandem seine Anhänglichkeit zu beweisen.

Auch in Jansen's erstem Wesen zeigte sich allmählig wieder eine größere Theilnahme, und gespannt lauschte er den Worten des Missionärs, als derselbe beschrieb, auf welche Weise Editha und ihr Kind zu ihm gekommen und so plötzlich von dem Salsee der Mormonen an die Hunderte von Meilen entfernte Quellen des Kolumbia-Flusses versetzt worden seien.

Es war eine lange Erzählung, in welcher er füglich nicht vermeiden konnte, an die Ursachen zu erinnern, welche Editha einst zur Flucht veranlaßten. Doch wenn er dergleichen Punkte berührte, dann geschah es immer in so bedächtiger und zarter Umschreibung, daß das Herbe weit zurücktrat hinter die frommen und tröstenden Betrachtungen, welche er über die göttlichen Schidungen und Fügungen anstellte.

Demnach war auch er von dem Sandsturm, welcher Editha und ihr Kind demnähe verschüttete, überrascht worden, und zwar als er sich, von den südlichen Grenzen des Mormonenstaates kommend, auf dem Heimwege nach dem Kolumbia-Flusse befand. Er hatte damals einen Trupp Epolans-Indianer bei sich, die er auf einem Jagzuge begleitet hatte, theils, um die ihm noch unbekanntem Länderstrecken aus eigener Anschauung kennen zu lernen, theils um nach eingeborenen Stämmen zu forschen, die seinen Lehren vielleicht ein offenes Ohr leihen würden.

und verhafteten zwei Passagiere. Sie wurden ins Polizeigefängniß abgeführt; eine Untersuchung ergab, daß sie Revolver und Dolchmesser bei sich führten, auch fanden sich sozialdemokratische (?) Schriften in ihrem Besitze. Heute Nachmittag zwischen 5 und 7 Uhr fand endlich die Vernehmung der Fremden durch einen Kriminal-Kommissar unter Hinzuziehung eines Dolmetschers statt. Der kleinere der beiden Fremden sagte aus, daß er ein Däne und nach Deutschland gekommen sei, um als Drechsel Arbeiter zu suchen. Er war fast mittellos und gab vor, kein Deutsch zu verstehen. Sein Reisegefährte erklärte, er sei Bäcker und aus Königsberg in Preußen gebürtig. Er führte reichlich 150 Mark bei sich und wollte kein Dänisch verstehen. Die Kieler Polizei glaubt, anscheinend einen guten Fang gemacht zu haben, denn Beide wurden nach ihrer Vernehmung wieder ins Gefängniß zurückgeführt.

Dortmund, 28. September. Die „Abeinisch-Westf. Ztg.“ meldet: „Die königliche Staatsanwaltschaft hatte wegen des in Nr. 163 der „Abeinisch-Westfälischen Zeitung“ vom 12. Juni d. J. erschienenen Leitartikels unseres Münchener SSS Korrespondenten, betitelt: „Pour le mérite. Eine Ordensgeschichte aus Bayern“, welcher des sich längeren über die Verhältnisse des Privatvermögens des König Ludwig II. von Bayern verbreitete, eine Untersuchung wegen angeblicher in diesem Artikel enthaltener Verleumdung Sr. Maj. gegen den verantwortlichen Redakteur d. Bl. eingeleitet. Wie uns die königliche Staatsanwaltschaft nunmehr mittheilt, hat dieselbe „das Verfahren eingestellt, nachdem Sr. Maj. der König von Bayern von der Ertheilung der Ermächtigung zu der Verfolgung des verantwortlichen Redakteurs Abstand nehmen zu wollen erklärt hat.“

## Holland.

In Folge der Verurtheilung des Sozialdemokraten Vannomeren herrschte gestern, wie telegraphisch gemeldet wird, in Amsterdam große Aufregung. Es fanden größere Ansammlungen von Personen statt, auch rothe Fahnen wurden von einzelnen Trupps geführt. Die Fahnenträger weigerten sich, der Aufforderung der Polizei, die Fahnen zu beseitigen, nachzukommen. Schließlich soll die letztere von der blanken Waffe Gebrauch gemacht und mehrere Personen verwundet haben, ebenso sollen viele Verhaftungen erfolgt sein.

## Frankreich.

Die von den radikalen Wahlkomitees geplante gemeinsame Aufstellung von Kandidaten ist mißlungen. Auf der einen Seite fungirt das von Naujan geleitete Centralkomitee, auf der anderen das von Clemenceau inspirirte Departementalkomitee. Die Blätter beider Gruppen lassen hierüber keinen Zweifel. Das Mißlingen der Einigung wird darauf zurückgeführt, daß das von Clemenceau geleitete Komitee einen Kandidaten empfahl, den Naujan um keinen Preis akzeptiren wollte. Als man einmal so weit war, setzten die Vertreter der sozialistisch-radikalen Blätter, welche den Komitees beigetreten waren, folgende Erklärung auf:

Die Vertreter der sozialistisch-radikalen Presse anerkennen die Bemühungen, welche die Delegirten beider Komitees im Sinne der Veröhnung gemacht haben, befähigen aber die Unmöglichkeit, ihre beiderseitigen Ansprüche in Einklang zu bringen und erklären angesichts der Dringlichkeit einer endgültigen Lösung, daß es überflüssig ist, die Unterhandlungen zwischen der Presse und den Komitees fortzusetzen; sie zweifeln übrigens nicht daran, daß für den zweiten Wahlgang die Einigung der sozialistisch-radikalen Partei eine vollständige und innige sein wird.

Darauf traten die Mitglieder des Departementalkomitees, welche nicht dem Journalismus angehören, noch einmal zu einer Sitzung zusammen, um einen weiteren Versuch zur Einigung zu machen. Sie deputirten schließlich 7 der Ihrigen nach den Bureauz der „Justice“, wo die Vertreter der intransigenten Presse versammelt waren. Hier kam es zu einem neuen Bruche, diesmal zwischen Clemenceau und Rochefort. Der „Intransigant“ veröffentlicht folgende Note:

In Folge von Besprechungen wegen der Kandidaturen der Bürger Cubes und Bailant — welche Besprechungen an kein Ziel führten — hat der „Intransigant“ sich aus dem Verein der radikalen Presse zurückgezogen und seine volle Handlungsfreiheit wieder aufnehmen zu sollen geblaubt. Der „Intransigant“ wird morgen eine Liste der Kandidaten veröffentlichen, auf welche er das Vertrauen der sozialistisch-radikalen Demokratie lenkt.

Die „Lanterne“ ihrerseits zog sich ebenfalls zurück, entschlossen, fortan auf eigene Faust zu handeln, und die Blätter, die noch zusammenhalten wollen: „Rappel“, „Radical“, „Justice“, „Petit Parisien“, „Petit Quotidien“, „Correspondance radicale“, „Electeur republicain“, „Republique radicale“, „Nation“ kündigen das Erscheinen einer gemeinschaftlich vereinbarten Liste an. — Das Komitee Naujan hielt inzwischen eine Versammlung ab, in der man sich das strengste Schweigen über die Verhandlungen gelobte. Wie verlautet, schied sich jetzt der Präsident des Pariser Gemeinderaths, Michelin, an, statt Naujan's das Ganze zu leiten. Es wurde beschloffen, das bereits veröffentlichte Programm unverändert aufrecht zu er-

Die Unmöglichkeit einsehend, während des Sturmes, welcher den Sand in dichten Wolken über das langgestreckte wüste Thal hinpeitschte, von dem einen Ende nach dem andern desselben hinüber zu gelangen, hatte er mit seiner Gesellschaft in einem Felsenwinkel Schutz gegen das Unwetter gesucht, und erst am Abend, als mit dem Scheiden der Sonne sich der Wind legte, und die aufgeschürften Staub- und Sandmassen sich zu senken begannen, war er wieder aufgedrungen.

Er konnte darauf rechnen, daß die Nacht hindurch und auch in den ersten Morgenstunden kein neuer Sturm sich erheben würde, und da die nächtliche Kühle die Reise über die warme Sandfläche begünstigte, so beeilte er sich, wenigstens den größten Theil des gefährlichen Marsches in dieser Zeit zurückzulegen.

Ungefähr zwei Stunden nach Sonnenuntergang kreuzte er die Richtung, welche Editha mit ihrem Kinde eingeschlagen hatte, nicht weit von der Stelle, wo der feine Sand sich als ein Grabhügel über ihr wölbte. Er würde indessen, ohne sie zu finden, vorbeigezogen sein, wenn nicht ein Rubel Schakals, welche den Sandhügel in immer engeren Kreisen umheulten, zuerst seine Aufmerksamkeit erregt, und demnächt die Hunde seiner indianischen Begleiter vor den lebendig Begrabenen in ein klägliches Winseln und Heulen ausgebrochen wären.

Die nach jener Stelle entsendeten Gefährten riefen ihm zu, daß dort Menschen verschüttet seien, und zu ihnen hinein fand er Editha und ihren Knaben in einem Zustande, von dem sich befürchten ließ, daß sie denselben nicht überleben würden.

Daß sie überhaupt noch nicht erstikt waren, während Erschöpfung, Durst und die in die Luftröhren eingebrungenen feinen Sandtheilchen sie in einen, wenn auch nicht ganz bewußtlosen, aber ohnmachtähnlichen Zustand versetzt hatten, verdankten sie der eigenthümlichen Wirkung des Windes. Derselbe hatte, wie bei einem Schneetreiben, den Sand auf der dem Luftzuge ausgelegten Seite, gleichsam Schutz gewährend, angehäuft, auf der entgegengesetzten Seite dagegen, kleine schroffe Abhänge bildend, noch eine schmale Spalte

halten, und da die Anhänger Clemenceau's nun keine Hindernisse mehr in den Weg legten, einigte man sich über eine Liste, auf der außer 12 bisherigen Abgeordneten, darunter Laisant, Lacroix, Laguerre, neun Gemeinderäthe, die Journalisten Roujan und Felix Bnat und 11 Arbeiterkandidaten von Paris und der Umgebung figuriren.

Im Seine-Marne-Departement wurde am 27. d. M. nach drei Wahlgängen der Radikale Dufraigne mit 552 Stimmen zum Senator gewählt. Der Reactionär Buredebaud erhielt 308 Stimmen, der gambettistische Kandidat folgte erst an dritter Stelle.

### Rußland.

Die bulgarische Revolution scheint nicht nach dem Geschmack der panslavistischen Agitatoren zu sein. Daß die russischen Mächte die eigentlichen Urheber derselben sind, ist öffentliches Geheimniß, aber ihnen ist logischer Weise vor Allem daran gelegen, daß nur ein Herrscher von Rußlands Gnaden und auch dieser nur so lange auf dem bulgarischen Thron sitze, bis es ihnen gelungen ist, das Land als russische Provinz dem Reiche einzuverleiben. Der jetzige Bulgarenfürst gefällt ihnen nicht, weil er selbstständige Regungen zeigt, daher laucht ernstlich der Vorschlag auf, den ganz von Rußland abhängigen Fürsten von Montenegro zum Herrscher von Bulgarien zu erheben. Die Ausgerungen des einflussreichen Ratkow bilden hierfür den besten Beweis. Ihm ist die bulgarische Konstitution ein Dorn im Auge und eben so der Fürst Alexander von Bulgarien, die beiden Urquellen des Chaos in Bulgarien, wie er sich ausdrückt. Ratkow geht so weit, daß er statt des Bringen lieber einen von der Türkei ernannten General-Gouverneur als höchste Gewalt im vereinigten Bulgarien sehen würde, unter der Bedingung, daß die Konstitution abgeschafft und eine stramme autokratische Regierung eingesetzt wird. Er kann es Fürst Alexander nicht verzeihen, daß er sich nicht ganz am russischen Gängelbände ziehen lassen will, und daß er für die russischen reaktionären-kerikalischen Strömungen wenig Neigung verspürt, deshalb wird in der „Kosl. Wod.“ der Ruf nach einem türkischen Gouverneur erhoben, gewiß in der Hoffnung, daß einst die Zeit kommen wird, wo Rußland die erwünschte Revolution zu seinen Gunsten vollführen könnte. Das bulgarische Volk, welches genugsam erprobt hat, wohin es führt, wenn russische Abgesandte in der Verwaltung die leitende Rolle spielen, wird sich dafür bestens bedanken und zieht offenbar das Bestehende russischen zweifelhaften Lockungen vor.

Dem „National“ wird aus Petersburg vom 25. d. M. telegraphirt: „Die Berliner Blätter sprechen seit einigen Tagen von einem Attentat, das an der Person des Zaren in Kopenhagen verübt worden wäre. In Petersburg, wohin die Nachricht gelangte, fehlen die Details und man ist auf Vermuthungen beschränkt. Ich wandte mich daher an eine hohe Persönlichkeit, die in der Lage ist, gut unterrichtet zu sein, und dieselbe behauptete, daß nachstehendes die reine Wahrheit sei. Der Zar muß auf Anrathen seines Arztes jeden Morgen lange Spaziergänge zu Fuß machen, denn seit einiger Zeit nimmt seine Leibesstärke zu. Er befolgt sogar die Banlung-Rur und nimmt nur eine Mahlzeit am Tage, um Mittag, und Abends um sieben Uhr genießt er nur Thee ohne Gebäck. In Friedensborg ging der Zar in Zivil jeden Morgen aus, und begleitet von seinem Adjutanten und seinem Sohne, dem Großfürst-Thronfolger Nikolaus Alexandrowitsch. Seine Spaziergänge erfolgten in der Umgebung des Schlosses. Vor gerade elf Tagen, am 14. September, begab sich der Zar, nachdem er sich im Schloßgarten ergangen, nach einem kleinen Gehölz, etwa zwanzig Minuten von da entfernt. Er sprach lebhaft mit seinem Sohne, als er plötzlich einen Schrei ausstieß, schnell mit der Hand nach der linken Seite fuhr, wo er einen heftigen Schmerz fühlte. In denselben Augenblicke hörte man ein schwaches Knallen. Der Zarewitsch eilte seinem Vater zu Hilfe. Der Zar hatte seinen Rock zerissen, die Weste war durchlöchert und die Uhr, die sich in einer Seitentasche befand, hatte den Anprall aufgehalten; am Boden fand man eine kleine Kugel von einem Kaliber von fünf Millimeter. Nachdem er sich von seiner Aufregung erholt hatte, führte der Zar in größter Eile nach dem Schloße von Friedensborg zurück. Die Nachricht von dem Unfalle wurde sofort bekannt. Man stellte ungehäumt Untersuchungen an, um zu wissen, ob man es hier mit einer bösen Absicht oder mit einem ungeschickten Schützen zu thun hatte, der sich damit unterließ, auf Bild in dem kleinen Gehölze zu schießen. Allein diese Nachforschungen führten zu keinem Ziel und auf Wunsch des Zaren wurde Alles im größten Geheimniß gehalten, das aber nicht groß genug war, da die Sache heute bekannt ist.“

### Großbritannien.

Die „Free Land League“ (Frei-Land-Liga) deren Präsident Arthur Arnold, Unterhausmitglied für Salford, ist, hat an die Wähler Großbritanniens und Irlands ein Manifest erlassen, in welchem es u. A. heißt: „Die Interessen des Landes erheischen nichts geringeres als den vollkommenen Umsturz des erblichen Nachfolgersystems, durch welches das Land zu Gunsten einiger tausend Familien angehäufelt worden, jede gegenwärtige Generation der absoluten Kontrolle beraubt und der Boden mit Einflüssen behaftet ist, die der Unwissen-

als Verbindung zwischen den Verschütteten und der freien Luft offen gelassen.

Als der Missionär die beiden Aufgefundenen genauer untersuchte, athmeten sie nur noch ganz schwach und kaum wahrnehmbar. Seinen sorgfältigen und unausgesetzten Bemühungen, namentlich durch das Einflößen von Wasser und Waschen der Schläfen, gelang es ihm endlich, den im Berglimmen begriffenen Lebensfunken wieder anzufachen, aber längere Zeit dauerte es noch, bis das Kind, als Zeichen des zurückkehrenden Lebens, heiser zu weinen begann und gleich darauf auch die Mutter die Augen aufschlug.

Vorsorglich ließ er dann auf seinem Pferde einen geeigneten Sitz für die junge Frau herstellen. Das Kind nahm er selbst auf seine Arme, und mit verdoppelter Eile wurde sodann die Reise quer über die Sandebene fortgesetzt, um bis zu der Zeit zu welcher voraussichtlich der Sandsturm sich wieder, wie gewöhnlich in jenen Regionen, erheben würde, eine geschützte Stelle in dem gegenüberliegenden Gebirge zu erreichen.

Die erquickende Nachtlust, der stets bereit gehaltene Wasserschlau und die regelmäßige und anstrengungslose Bewegung übten eine heilsamere Wirkung auf die Geretteten aus, als vielleicht jede andere ärztliche Behandlung vermocht hätte, und noch war der helle, von Westen nach Norden und demnach nach Osten langsam herumschleichende Schein nicht auf der Stelle des Sonnenaufgangs angekommen, da verlangte die Mutter unter den heißesten Dankesthränen nach ihrem Kinde, während dieses die erwachende Lebenslust durch den Wunsch nach Nahrung bebandelte.

Der Missionär war innig beglückt, und Worte des Trostes und der freundlichen Aufmunterung flossen von seinen Lippen, als Editha auf seine Fragen nur mit Thränen und den Ausbrüchen des tiefsten Kammers zu antworten vermochte. Er drang nicht weiter in sie. Sie war eine Unglückliche, für ihn also genügender Grund, kein Opfer zu scheuen und ihr sowie ihrem Kinde mit Rath und That so lange, bis sie derselben nicht weiter bedürfen würden, zur Seite zu stehen.

Troß des zutrauererweckenden Wesens des Geistlichen

heit, der Hartnäckigkeit oder dem Stolz vergangener Generation entspringen. Wir beschwören Euch, die Torgpartei nicht zu unterstützen, deren Anstrengung nach wie vor darauf gerichtet sein wird, das Landmonopol zu verengen und die Verwerfung des Bodens unseres Landes fortzusetzen für andere Zwecke als die mit der Erzeugung von Nahrungsmitteln und der Wohlfahrt aller Klassen zusammenhängenden. Die Befreiung des Landes von den ökonomischen, sozialen und moralischen Uebeln dieses erblichen Systems kann nur durch eine liberale Majorität im Hause der Gemeinen vollbracht werden. Die wirkliche Frage, um die es sich handelt, ist die, ob das Volk oder die Pairie die Bodengelege für dieses Land geben sollen. — Nun, die liberale Majorität wird sicher nicht willens sein, derartige Bestrebungen zu fördern. Wenn die Einwohner Englands auf diese Herren warten wollen, dann dürfte schwerlich jemals ernstlich etwas in dieser Angelegenheit geschehen.

### Lokales.

g. Die Gertraudenbrücke ist schon wieder einmal für den Straßenverkehr abgesperrt, wohl schon das fünfte oder sechste Mal in diesem Jahre. Dieses Mal geschah es nicht wegen Renovierung der Brücke selbst, sondern weil das Pflaster der Gertraudenstraße von der Petrikirche bis zur Brücke seit der kurzen Zeit seiner Erneuerung wieder so stark gelitten hatte, daß eine gründliche Ausbesserung desselben dringender notwendig war. Durch diese häufigen Renovierungsarbeiten wird nicht nur der hier sehr bedeutende Straßenverkehr in bedenklicher Weise gestört, sondern auch die in dieser Gegend wohnenden zahlreichen Geschäftsleute erleiden durch die fortwährenden Störungen einen Schaden, der im Laufe des Jahres zu einer ansehnlichen Höhe heranwächst. Wie wir hören, wollen dieselben denn auch beim Magistrat dahin vorstellig werden, daß bei der nächsten Gelegenheit statt der Ausbesserung ein neues Pflaster (vielleicht Wiener Pflaster) gelegt werde, welches einen stärkeren Widerstand leistet.

Die Konstituierung (und ev. zugleich Eröffnung) der Arbeiter- (Abends- und Sonntags-) Schule findet heute Mittwoch, Abends 8 Uhr, in den Industrie-Hallen, Mariannenstraße, statt. Jeder, der sich für die Sache interessiert, ist freundlichst eingeladen, und ist zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Der Lehrter Bahnhof soll bekanntlich zu einem Centralbahnhof für die Hamburger, Lehrter, Stettiner und Nordbahn umgebaut werden. Schon in der nächsten Session des Landtages sollen die ersten Mittel für die ganze, auf rund zehn Millionen Mark veranschlagte Anlage gefordert werden. Dem Vorhaben nach wird beabsichtigt, eine zweite Bahnhofshalle an die bereits bestehende anzubauen und zwar mit derselben äußeren Architektur, namentlich des Hauptportals und der Kassafronte auf der Südseite, ein Plan, dessen Ausführung zur Verschönerung jener in architektonischer Beziehung bereits sehr bevorzugten Gegend wesentlich beitragen wird. Um das Einfließen der Stettiner und Nordbahngleise zu ermöglichen, soll nach der „Verkehrszeitung“ die Ringbahn in einer Kurve von der Tegeler Straße aus über den Schiffahrtskanal an die bestehenden Geleisenlagen der Hamburger und Lehrter Bahn, welche natürlich entsprechend erweitert werden müssen, angeschlossen werden. Diese ziemlich scharfe Kurve wird auf einen mächtigen Viadukt mit mehreren Straßenunterführungen und einer weitgespannten Kanalbrücke zu liegen kommen. Die Ringbahn wird zur Aufnahme des vermehrten Verkehrs vom Bahnhof Gesundbrunnen aus um zwei Geleise verbreitert, und zwar so, daß die Stettiner und Nordbahnzüge gleich auf die Lehrter oder Hamburger Geleise bei Bahnhof Moabit übergeführt werden können. Die Strecke der Stettiner Bahn von der Kreuzung der Nordbahn beim Kirchhof der Sophiengemeinde bis zum Bahnhof geht mit dem letzteren ganz ein, wodurch die den Norden Berlins und seinen lebhaften Verkehr so schwer schädigenden und oft beklagten Niveauübergänge beseitigt werden. In Pantow wird ein großer Güterbahnhof angelegt, auf welchem hauptsächlich das Rangiren der Stettiner Güterzüge vorgenommen werden soll. Die Stettiner Bahn wird von Pantow aus in einer weiten Kurve in die Nordbahn eingeführt und außer der schon bestehenden Kurve nach Westen mit einer solchen nach Osten mit dem Nordring verbunden, unter entsprechender Erweiterung der Geleise und des Bahnhof Gesundbrunnen. Der frühere Plan, nach welchem der Centralbahnhof auf dem Terrain rechts von der Invalidenstrasse zwischen Heidestraße und Hamburger Bahn für den Bau bestimmt war, ist ganz aufgegeben; das betreffende Terrain soll, unter Erhaltung der Gebäude an der Heidestraße, zu Rangirwecken benutzt werden.

r. Ein höchst gefährlicher Drahtzaun befindet sich vor dem Eingange zu dem namenlosen Sandwege, welcher in der Verlängerung der Fichtestraße durch die Hasenhaide nach dem Tempelhofer Felde führt. An drei bis vier Pfählen, die über den breiten Weg in den Boden getammt sind, befinden sich zwei Drähte befestigt, jeder dreifach gewunden und in kurzen Zwischenräumen mit eingestochenen dornartigen und ganz besonders scharfen Blechstücken versehen. In der Dunkelheit

auferte die junge Frau sich nur sehr zurückhaltend über ihre Vergangenheit, vorzugsweise aber über die Ursachen, welche sie in die Wüste und fast dem unerlöschlichen Tode in die Arme geführt hatten. Es versetzte sie daher in den größten Schrecken, als ihr menschenfreundlicher Retter, nach manchen vergeblichen Bemühungen, ihr einen Wunsch, ihre Zukunft betreffend, zu entlocken, endlich auch die Frage stellte, ob sie vielleicht nach der nicht allzufernen Normonstadt begleitet sein wolle?

„Bringt mich, wohin Ihr wollt,“ hatte sie, von innerem Entsetzen ergriffen, ausgerufen, „nehmt mein Kind mit Euch und laßt mich in dieser Wüste zu Grunde gehen, aber an den Salzsee zurück? nein, nie, nie! Lieber den zehnfachen Tod erleiden, als zurück zu ihm!“

Ein Schauer, der bei diesen Worten ihre Gestalt durchrieselte, belehrte den Missionär, daß der eigentliche Grund ihres Schmerzes gerade am Salzsee zu suchen sei, und daß sie viel, unendlich viel erduldet haben müsse, um sich zu derartigen Aeußerungen hinreißend zu lassen.

Er stellte ihr darauf vor, daß es nicht im Bereich seiner Macht liege, selbst sie nach den Vereinigten Staaten zurückzuführen, er aber mit Freuden in der Nähe der Emigrantenstraße auf eine Karavane harren wolle, um sie und ihr Kind der Fürsorge freundlicher und wohlwollender Reisender anzuvertrauen. Doch auch dieses wies sie bringend zurück, indem sie unter krampfhaftem Zittern die Besorgniß vorschützte, gerade dort am leichtesten mit Normonen zusammenzutreffen zu können.

„Nun wohl,“ hatte er darauf mit unbeschreiblicher Güte zu ihr gesagt, „dann kenne ich nur noch einen Ort, an welchem Ihr ein zwar sehr einfaches Asyl findet, aber ein Asyl, wohin diejenigen, die Ihr so sehr zu fürchten scheint, Euch nie nachfolgen werden. Es ist dies ein lieblicher Punkt, hoch oben im Norden, auf dem Ufer des Columbia-Flusses. Nur Hütten und Lederzelte werden Euch dort umgeben, und nur Indianer sind es, welche außer mir die selben beleben. Aber Friede wohnt in dem kleinen Reiche, welches ich dort gegründet habe, und wenn Ihr willens seid, so lange, bis sich eine günstige Gelegenheit zur Rückkehr in Eure Heimath bietet, unsere friedliche Einsam-

find diese Drähte, beim Mangel jeglicher Beleuchtung in dieser Gegend, garricht zu bemerken und besonders dadurch gefährlich, daß der obere einem mittelgroßen Manne bis zum Gesichte reicht. Ein Anlaufen gegen diese Drähte muß die gefährlichsten und schmerzhaftesten Verletzungen zur Folge haben. Soll das Passiren des Weges verboten werden, was in keiner Weise angekündigt ist, so empfiehlt sich wohl eine weniger gefährliche und deutlicher erkennbare Art der Einfriedigung. Zur Verhütung von Unglücksfällen dürfte sich die Enttarnung dieses gefährlichen Drahtzaunes empfehlen.

g. In der Lindenstraße befindet sich ein Haus, dessen Eigentümer zum großen Theil die Miethe indirekt vom Magistrat bezog, von der städtischen Armenverwaltung bezieht. Dies Haus wird nämlich überwiegend von Personen bewohnt, welche Unterstüßungen von der städtischen Armenverwaltung erhalten. Es ist natürlich, daß die Miethe für die resp. Räume nicht hoch sein können, dafür sind aber auch diese Wohnstätten wahre Buchten, so daß es Wunder nehmen muß, wie Menschen dieselben inne haben können, ohne ihre Gesundheit in bedenklicher Weise zu gefährden.

Sterblichkeits- und Gesundheitsverhältnisse. Gemäß den Veröffentlichungen des Kaiserlichen Gesundheitsamtes sind in der Zeit vom 13. Sept. bis 19. September cr. von je 1000 Lebenden aufs Jahr berechnet als gestorben gemeldet: in Berlin 22,1, in Breslau 26,4, in Königsberg 18,5, in Köln 20,7, in Frankfurt a. M. 21,4, in Hannover 18,8, in Kassel 19,5, in Magdeburg 25,8, in Stettin 26,5, in Altona 25,9, in Straßburg 25,4, in Reg. 17,6, in München 27,7, in Nürnberg 21,4, in Augsburg 20,7, in Dresden 22,6, in Leipzig 14,2, in Stuttgart 18,1, in Karlsruhe 23,1, in Braunschweig 17,5, in Hamburg 26,6, in Wien 25,4, in Budapest 23,0, in Prag 25,7, in Triest —, in Krakau 28,7, in Basel 12,9, in Brüssel 24,8, in Amsterdam 17,0, in Paris 20,9, in London 15,7, in Glasgow 19,1, in Liverpool 21,4, in Dublin 22,9, in Edinburgh 13,3, in Kopenhagen 14,9, in Stockholm 18,7, in Christiania 17,7, in Petersburg 26,1, in Warschau 20,5, in Odessa 31,0, in Rom 33,0, in Turin 23,9, in Bukarest —, in Madrid —, in Alexandrien —. Ferner in der Zeit vom 23. August bis 29. Aug. cr.: in New-York 24,0, in Philadelphia 20,1, in Baltimore 20,6, in San Francisco 19,3, in Kalkutta 26,2, in Bombay 26,2, in Madras 34,3. — Die sanitären Verhältnisse Berlins blieben auch in dieser Berichtswoche günstige. Darmkatarrhe und Brechdurchfälle der Kinder befundeten eine weitere Abnahme, auch Ruhrfälle kamen nur vereinzelt zum Vorschein. Einen bedeutenden Rückgang zeigten ferner Erkrankungen an typhösen Fiebern, die besonders in der Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt vielfache Erkrankungen hervorgerufen hatten. Die Zahl der gemeldeten Erkrankungen sank auf 37 von 81 der Vorwoche. Masern und Scharlachfieber, letzteres häufig mit Diphtherie kompliziert und im Stralauer Viertel und in der Rosenthaler Vorstadt am meisten verbreitet, zeigten gegen die Vorwoche wenig Veränderung. Dagegen rief die Diphtherie wieder mehr Erkrankungen hervor und kam außer in den genannten Stadttheilen auch auf dem Wedding, in der Königstadt und in der Louisestadt nicht selten zum Vorschein. Der Keuchhusten veranlaßte weniger Erkrankungen und Sterbefälle; auch rosenartige Entzündungen des Zellgewebes der Haut und Rinderrüthler gelangten seltener in ärztliche Behandlung. Akute Entzündungen der Athmungsorgane und akute Gelenkrheumatismen waren nicht gesteigert, rheumatische Beschwerden der Muskeln sogar erheblich vermindert.

### Gerichts-Zeitung.

o. k. Die Reichstags-Abgeordneten v. Bollmar, Nebel und Genossen wegen Theilnahme an einer geheimen Verbindung vor Gericht. Chemnitz, 23. September 1885. Erster Tag der Verhandlung. (Fortsetzung.) Die Verhandlungen finden im Schwurgerichtssaale statt. Derselbe, ein neu gebauter prächtiger Saal, zeichnet sich ganz besonders durch eine vorzügliche Ventilation und ein eben solches Oberlicht aus. Den zahlreich erschienenen Zeitungsberichterstattern sind die Geschworenensäle eingeräumt worden; dieselben können somit eine vorzügliche Platzierung ihrerseits konstatiren. Auf den Journalisten-Bänken bemerke ich auch den Polizeisekretär Lührs (Berlin), der, wie ich höre, im Auftrage des preussischen Ministeriums des Innern die Verhandlungen stenographisch niederschreibt. Das Auditorium ist von einem distinguirten Publikum überfüllt. Wie ich höre, ist eine sehr große Anzahl von Eintrittsgeldern abschlägig beschieden worden.

Gleich nach 9 Uhr Vormittags erscheint der Gerichtshof, bestehend aus dem Landgerichts-Präsidenten Brückner (Präsident) und den Landgerichts-Räthen Lippert, Dr. Klöppel, Dr. Beschorner und Hoffmann (Beisitzer). Da die Verhandlungen voraussichtlich mehrere Tage dauern werden, so ist in der Person des Gerichtsassessor Dr. Wiedner ein Hilfsrichter ernannt. Die öffentliche Anklagebehörde vertritt Ober-Staatsanwalt Schwabe, die Vertheidigung führen: Rechtsanwalt Freitag 1 (Leipzig) und Rechtsanwalt Mundel (Berlin).

Bei Eröffnung der Sitzung wird konstatiert, daß der An-

zeit mit uns zu theilen, so sollt Ihr und Euer liebliches Kind mir herzlich willkommen sein.“

Auf diesen Vorschlag war Editha Holmsten endlich eingegangen, und indem sie das Anerbieten des frommen Geistlichen dankend annahm, befestigte sich ihr Vertrauen zu demselben in so hohem Grade, daß sie rückhaltlos ihr vergangenes Leben schilderte und ihm zugleich eine Erklärung ihrer Furcht vor den Normonen gab.

So waren sie denn immer weiter gezogen; der Missionär ging neben dem Pferde her, welches sie trug. Aufmerksam lauschte er ihrer oftmals von Schluchzen unterbrochenen Erzählung; er tröstete sie und sprach ihr Rath zu, er erwoig die Wünsche, welche sie aussprach, und erläuterte die Ansichten und Rathschläge, welche er selbst mit einfließen ließ. Und als sie sich dann endlich über die zunächst einzuschlagenden Schritte geeinigt hatten, und Editha, überwältigt von den Gefühlen der innigsten Dankbarkeit, ihm nur stumm die Hand zu drücken vermochte, da entstieg die Sonne den östlichen zackigen Gebirgsseiten, blendend beleuchtend die gelbe Sandfläche, welche die hastig dahinziehende Karavane im weiten Umkreise umgab.

Bald nach Sonnenaufgang war aber auch wieder ein leiser Nfstrug fühlbar geworden. Anfangs schien er nur die glitzernden Thautropfen trinken zu wollen, welche die vereinselten fadenartigen Grashalme wie lauter Glasperlen schmückten und durch ihre Schwere niederwärts zogen; kaum aber hatte er die feuchten Oberflächen der zerstreuten farbigen Kieselsteine getrodnet, kaum die letzte Thauperle gierig aufgefogen, da begann er wieder mit dem lockern Sande zu spielen.

Wie tändelnd trieb er ihn über die glatte Ebene dahin, aber immer tiefer aufwühlend das nachgiebige Erdreich, immer höher hebend die federleichten wirbelnden Staubtheilchen. Das Kind jauchzte dem lustigen Schauspiel ausgelassen zu; die Mutter dagegen beobachtete bebenden Herzens die ehrsüchtige Physiognomie des Missionärs und die ihnen voraus-eilenden Eingeborenen. Nirgends entdeckte sie eine Spur von Besorgniß.

(Fortsetzung folgt.)

geklagte v. Bollmar nicht erschienen ist. Der Präsident bemerkt: v. Bollmar habe dem Gericht angezeigt, daß eine Reise nach Chemnitz seiner Gesundheit sehr schaden würde und er habe auch einige ärztliche Atteste beigelegt. — Der Gerichtshof beschließt demnach, auch gegen den Angeklagten v. Bollmar die Verhandlung aussetzen. Bei Feststellung der Personalien ergibt sich, daß sämtliche Angeklagte mehrfach vorbestraft sind. Der Angeklagte Ulrich bemerkt auf Befragen des Präsidenten: Er sei so häufig vorbestraft, daß ihm alle erlittenen Strafen nicht mehr im Gedächtnis seien. Es wird hierauf der Anklagebeschluß verlesen. Die Angeklagten erklären sich sämtlich für nichtschuldig. Der Präsident eröffnet zunächst die Geschichte der Sozialdemokratie und will einen am 19. September 1880 im „Sozial-Demokrat“ erschienenen Artikel, betreffend die Organisation der Sozialdemokratie, verlesen. Angeklagter Bebel: „Ich will, ehe dieser Artikel verlesen wird, bemerken, daß der „Sozial-Demokrat“ allen Anschauungen Raum gewähren sollte. Ich weiß nicht, von wem dieser Artikel geschrieben ist, jedenfalls ist er nur eine Definition über eine vorzunehmende Organisation. Eine solche Organisation, wie sie in dem Artikel vorgeschlagen worden, ist jedenfalls niemals vorhanden gewesen. Eine Geheimbündelei hat niemals bestanden. Es ist auch stets bei allen Zusammenkünften betont worden, daß eine Organisation, wie sie vor dem Sozialisten-Gesetz bestanden, unmöglich sei, es kann nur eine Organisation, die auf persönlicher Fühlung zwischen den einzelnen Parteigenossen basiert, bestehen.“ — Es wird alsdann ein Artikel aus dem „Sozial-Demokrat“ vom 28. Juli 1881 verlesen, in dem es u. A. in einer Polemik gegen die „Leipziger Zeitung“ heißt: „In Deutschland giebt es noch keine Nihilisten und mit Ausnahme von einigen Duzend Agents provocateurs und Handlanger auch keine Anarchisten. Einen oder anderthalb solcher Hansnarren haben wir auch in Leipzig gehabt, aber die Partei hat nie mit ihnen verkehrt. Wenn besagte anderthalb Hansnarren mit den paar Duzend Berliner Agents provocateurs, die sich seit Anfang dieses Jahres hier herumtreiben, Zusammenkünfte gehabt und in Nihilismus gemacht haben, so geht uns das nichts an. Und die „Leipziger Zeitung“ weiß dies ebensogut wie wir. Sie hat also mit Vorbedacht und unter den erschwerendsten Umständen gelogen. Der Organisationsplan ist dagegen eine unlegbare Thatsache. Freilich ist derselbe nur von einem kleinen Bruchtheil der Parteigenossen ausgegangen und wegen seiner Rangelosigkeit und der in ihm zu Tage tretenden Geheimbündelei von den Parteiführern gemißbilligt worden — aber er hat bestanden. Das Sozialisten-Gesetz hat uns zur Umänderung unserer alten Organisation genöthigt — und wir haben sie den Umständen gemäß modifizirt. Hier so, dort so, wie die Verhältnisse es eben mit sich gebracht. An dem einen Ort ist die Organisation mehr lose, am anderen mehr zentralistisch — je nachdem. Und das wissen die Herren von der Polizei und sie dürfen es wissen, denn sie können beim besten Willen unserer Organisation in ihrer jetzigen Gestalt nichts anhaben.“ — Angeklagter Bebel: Ich bemerke noch, daß der in dem Artikel erwähnte Organisationsplan von einem aus Berlin Ausgewiesenen, der sich später als Agent provocateur entpuppte, entworfen war. — Präsident: In einem weiteren Artikel wird gesagt: „Der Organisationsplan ist deshalb nicht zur Ausführung gekommen, weil bereits eine Organisation bestanden hat.“ — Bebel: Ich habe ja bereits zugegeben, daß eine Organisation bestanden hat und auch noch besteht, die aber — ich wiederhole — nur auf persönlicher Fühlung der einzelnen Parteigenossen unter einander basiert. Eine solche Organisation ergibt sich, angesichts der Thatsache, daß die Partei zur Zeit des Erlasses des Sozialisten-Gesetzes bereits 15 Jahre bestand und angesichts des Umstandes, daß die Partei eine ganze Anzahl Buchdruckerien u. dgl. von selbst, ohne weiteres, in uns nicht bewiesen werden, eine solche große Aufmerksamkeit die Polizei unserer Partei in ganz Deutschland auch schenkte. Die anderen Dinge, die gegen uns hier ins Feld geführt werden, sind lediglich Artikel des „Sozial-Demokrat“, für die alle wir durchaus nicht einstehen können.

Angeklagter Auer: Ich kann mich den Ausführungen Bebel's nur anschließen; eine persönliche Verbindung zwischen den einzelnen Parteigenossen hat immer bestanden und wird auch ferner bestehen. Im Uebrigen bin ich der Meinung, daß der in dem verlesenen Artikel erwähnte Organisationsplan sich nur auf Leipzig bezieht. — Die andern Angeklagten äußern sich in ähnlichem Sinne. — Präsi.: Es ist aus dem Artikel doch wohl nicht zu ersehen, daß der Organisationsplan sich lediglich auf Leipzig beschränken sollte. — Der Präsident will nun eine von dem Abg. v. Bollmar im Reichstag gehaltene Rede verlesen. — Rechtsanwält Mundel widerspricht der Verlesung, da v. Bollmar nicht anwesend ist. — Der Gerichtshof wird später darüber Beschluß fassen. — Die meisten Angeklagten geben zu, an dem im August 1880 auf Schloß Wjden in der Schweiz stattgefundenen Kongresse theilgenommen zu haben.

Präsident: Geben Sie zu, Herr Bebel, daß der Zweck des Kongresses anfänglich verschleiert worden ist? — Bebel: Das bestritte ich ganz entschieden. Es war allerdings die Meinung verbreitet, daß die Bauern in jener Gegend auf die Sozialdemokraten sehr erbittert seien und daß es deshalb geboten sei, den Zweck des Kongresses zu verschleiern. Als uns jedoch nach der sogenannten Vorversammlung auf Schloß Wjden Stroß als Nachfolger angewiesen wurde, entschloß ich mich, da mir dies Nachlager nicht paßte, nach dem nahegelegenen Dorfe Ofsem zu gehen und dort die Bauern um ein Nachlager zu erfragen. Es schlossen sich mir mehrere Parteigenossen an, wir gaben uns als Sozialdemokraten zu erkennen und wurden von den Bauern sehr freundlich aufgenommen. — Präsident: Es scheint, als wären die Delegirten auf dem Wjdener Kongress unter falschem Namen aufgetreten. Es ist u. A. eine Mitgliedskarte auf den Namen „Max Piccolomini aus Erfurt“ lautend vorgefunden worden. (Heiterkeit.) — Bebel: Ich muß annehmen, daß hier nur ein schlechter Witz vorliegt, es hatte Niemand Ursache, sich in Wjden einen falschen Namen beizulegen. — Präsident: In einem weiteren Artikel des „Sozial-Demokrat“ ist von einer Partei-Leitung die Rede? — Bebel: Eine Partei-Leitung besteht allerdings in den Personen der sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten. — Präsi.: In einem Aufruf der sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten heißt es: „Die private Organisation kann nicht vernichtet, das geistige Band, das uns umschlingt, nicht zerrissen werden, es müßte denn die moderne Bivolisiation aufgehoben werden.“ — Bebel: Dieser Artikel bestätigt doch vollständig meine bisherigen Ausführungen. Eine private Organisation von Mann zu Mann, ein geistiges Band wird immer bestehen bleiben und ist doch gewiß nicht strafbar. Mit großem Vorbedacht ist der Passus angewendet worden: „es müßte denn die moderne Bivolisiation aufgehoben werden.“ Damit war gemeint: die moderne Produktionsweise bedingt das Zusammensein vieler Arbeiter in einer Fabrik. Dadurch ist die Organisation eigentlich von selbst geschaffen, eine weitere formelle Organisation ist gar nicht erforderlich. Wenn man aber diese private Organisation vernichten wollte, dann müßte man die moderne kapitalistische Produktionsweise überhaupt aufheben. — Es werden hierauf noch mehrere Artikel aus dem „Sozial-Demokrat“ verlesen, die jedoch etwas Neues nicht zu Tage fördern. Unter Anderem wird in einem Artikel konstatiert, daß mehrere spezielle Organisationen zu bestimmten Zwecken bestehen, die der Polizei nicht unbekannt sind. — Bebel: Ich bemerke, daß der betr. Artikel im Jahre 1883 erschienen ist. In diesem Jahre hat in der That u. A. selbst in Berlin eine von der Polizei genehmigte sozialdemokratische Organisation behufs Vorbereitung von Wahlen bestanden. Minister v. Buttler hat dieser Organisation selbst im Reichstage erwähnt und die Bildung derselben als gesetzlich zulässig bezeichnet.

Der Gerichtshof beschließt alsdann nach längerer Beratung, die von Bollmar im Reichstage gehaltenen Reden zu verlesen. Es heißt in einer dieser Reden, die bei Gelegenheit der Verlesung des Rechenschaftsberichts über den über Berlin verhängten kleinen Belagerungszustand gehalten wurde: „Es ist in dem Rechenschaftsbericht der Regierung gesagt: „Es ist selbst in den Bezirken, über die der kleine Belagerungszustand verhängt worden ist, nicht gelungen, die Organisation der Sozialdemokraten zu zerstreuen; ich kann dies nur vollständig bestätigen.“ — Auf Befragen des Präsidenten geben die Angeklagten sämtlich zu, an dem Kopenhagener Kongress theilgenommen zu haben. — Präsident: Es fällt nun auf, daß das Protokoll über den Kopenhagener Kongress bedeutend dürftiger als das über den Wjdener Kongress ist; es gewinnt dadurch den Anschein, als sei man in Kopenhagen mit der Veröffentlichung der Kongressverhandlungen vorsichtiger gewesen, als in Wjden? — Bebel: Das war keineswegs der Fall; allein die Erfahrung lehrte, daß das Interesse für die Kongressverhandlungen ein nicht so reges war, um die Herausgabe eines ausführlichen Protokolls zu veranlassen. — Auf Antrag Bebel's wird ein im Jahre 1884 im „Sozial-Demokrat“ erschienener Artikel verlesen, in dem es u. A. heißt: „Die Parteigenossen sollen ihre Parteibeiträge entrichten, auf welche Weise es ihnen am besten und leichtesten erscheint; in derselben Weise soll auch die Verbindung zwischen den Parteigenossen unter einander unterhalten werden.“ — Bebel: Dieser Artikel bestätigt wiederum, daß eine eigentliche Organisation nicht bestand und daß auf den Kongressen eine Organisation nicht beschlossen wurde. — Es werden hierauf mehrere Stellen aus dem Wjdener Kongressprotokoll verlesen. Es heißt dabei u. A.: „Die Parteileitung sollte selbstverständlich nach Erlaß des Sozialistengesetzes nicht gleich mit einer Neu-Organisation fertig sein.“ — Bebel: Ich bemerke, daß gleich nach Erlaß des Sozialistengesetzes der Parteivorstand in Hamburg der Hamburger Behörde seine Auflösung anzeigte, daß also damit gleichzeitig die Auflösung der Organisation erfolgt war. Selbstverständlich mußte nun die Parteileitung die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in die Hand nehmen. Zum Mindesten mußte doch eine Leitung vorhanden sein, die für die Opfer des Sozialistengesetzes Sorge trug. Solche Opfer waren zunächst diejenigen, die auf Grund des über Berlin verhängten kleinen Belagerungszustandes ausgewiesen wurden; es waren dies ferner eine Reihe von Redakteuren, Expedienten, Schriftsetzern u. dgl., die durch Verbot von Zeitungen brotlos wurden. — Im Weiteren ist auf dem Wjdener Kongress der Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, den Ausschluß Haselmann's aus der Partei betr., diskutiert und schließlich bestätigt worden. Der Präsident bemerkt: Danach hat es doch wohl den Anschein, als wären die Kongresse die Oberaufsicht über die Parteileitung. — Bebel: Als die Reichstagsfraktion den Ausschluß Haselmann's aus der Fraktion und damit auch aus der Partei beschloß, da erhoben sich Stimmen, die die Ausschließung nicht billigten. Wir sehen uns deshalb genöthigt, den Beschluß der Fraktion dem Wjdener Kongresse vorzulegen. — Auer: Die Ausschließung Haselmann's erfolgte, weil er sich auf der Tribüne des Reichstages mit den russischen Nihilisten für identisch erklärte. Es mußte doch daher der Parteileitung frei stehen, den Ausschluß Haselmann's zu veranlassen, ein Recht, das doch jeder Partei zusteht. Es muß uns doch zustehen, Jeden, der die Partei kompromittirt, von derselben auszuschließen. Daß die Partei nach wie vor besteht, geben wir zu, allein das ist doch nicht strafbar, es kommt doch lediglich darauf an, ob wir geheime Verbindungen unterhalten haben. — Präsi.: Diese Ihre letzten Ausführungen wären besser im Schluß-Widdergebe angebracht. Im Weiteren sagte laut Protokoll Vieblnecht auf dem Wjdener Kongress: „Es wäre Wahnsinn gewesen, wenn die Abgeordneten der Partei den Beschluß zum Vorschlag gegeben hätten“; danach hat es doch den Anschein, als wären die sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten mit den weitgehendsten Vollmachten betraut gewesen?

Auer: Es ist notwendig, die Ursache jener Worte Vieblnecht's klar zu legen. Sehr bald nach Erlaß des Sozialistengesetzes wurden wir von Rost und seinen Anhängern der Freigebit beschuldigt. Diese und auch französische Parteigenossen sprachen es offen aus: Es ist feige von uns gewesen, daß wir uns die Unterdrückung unserer Partei so ruhig haben gefallen lassen und daß die sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten nicht die Parole zum Vorschlag gegeben haben, deshalb sah sich Vieblnecht genöthigt, eine solche Aeußerung auf dem Wjdener Kongress zu thun. Selbstverständlich spricht dies noch nicht für eine geheime Organisation. — Es werden hierauf verschiedene Stellen aus dem Kopenhagener Kongressprotokoll verlesen. Daraus ist zu entnehmen, daß auf diesem Kongresse mehrere Anträge für Bildung einer geschlossenen Parteiorganisation gestellt, dieselben jedoch sämtlich nach längerer Diskussion, in welcher sie als unzulässig bezeichnet wurden, abgelehnt worden sind. — Bebel: Es ist ja nicht zu verwundern, daß auf einem Kongress, der aus den verschiedensten Elementen zusammengesetzt ist, auch die mannigfaltigsten Anträge gestellt werden. Der Umstand, daß diese Anträge jedoch lebhaft bekämpft und schließlich sämtlich abgelehnt wurden, bestätigt jedoch vollständig meine Behauptungen. — Es werden hierauf noch einige Artikel aus dem „Sozial-Demokrat“ verlesen, die die Parteibivolisiation behandeln; alsdann tritt gegen 12<sup>1/2</sup> Uhr Mittags eine zweistündige Pause ein.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlung werden weitere Stellen aus dem Kopenhagener Kongressprotokoll verlesen. Es heißt dabei u. A.: Es sind bisher 56 Vertreter aus allen größeren Parteibezirken anwesend. — Bebel: Der Ausdruck „Parteibezirke“ ist jedenfalls gewählt worden, da man die Orte nicht nennen wollte, es hätte auch ebenso gut heißen können „Orte“ oder „Wahlkreise“. — Präsi.: Wahlkreise und Parteibezirke deckt sich doch nicht. — Auer: Die Sache läßt sich vielleicht in der Weise auf, daß ich, wie an einer ferneren Stelle des Kongressprotokolls steht, auf dem Kongress gesagt: Ich habe allen Partei-Kongressen seit dem Jahre 1872 beigezogen und muß konstataren, daß noch niemals auf einem Partei-Kongress aus allen Bezirken, in denen die Partei Anhänger hat, so vollzählige Vertreter anwesend waren, wie auf dem Kopenhagener. In dieser Weise ist wohl das Wort „Parteibezirke“ zu verstehen. — Eine weitere Verlesung bestätigt eine solche, von Auer auf dem Kopenhagener Kongress gegebene Aeußerung. — In dem Wjdener Kongressprotokoll wird von einem Berliner Zentral-Komitee gesprochen. — Bebel: Dies Zentral-Komitee hatte für die Unterstüßung der ausgewiesenen Parteigenossen und deren Angehörige Sorge zu tragen. — Präsident: Wer hatte das Zentral-Komitee gewählt? — Bebel: Jedenfalls die Berliner Parteigenossen. — Präsi.: Stand dies Zentral-Komitee mit der Parteileitung in irgend welcher Verbindung? — Bebel: Absolut nicht. — Auer: Das Berliner Polizei-Präsidium, das eine ganze Reihe von Parteigenossen wegen ihrer Zugehörigkeit zum Zentral-Komitee ausgewiesen und das doch jedenfalls zu dem gegenwärtigen Prozeß viel Material geliefert hat, kann über die näheren Umstände der Bildung des Zentral-Komitees jedenfalls nähere Auskunft geben. — In weiteren Artikeln des „Sozial-Demokrat“ wird von einem Landesauschuß der Parteibezirke gesprochen. — Präsi.: Was hat es mit diesem Landesauschuß für eine Verbindung? — Bebel: Dieser Landesauschuß bestand für die im Auslande lebenden Deutschen, eine Verantwortung für diese Organisation lehnen wir ab. — Präsi.: Es dürfte Ihnen bekannt sein, daß in Breslau wegen Bildung eines Landesauschusses eine Bestrafung erfolgt ist? — Bebel: Gewiß, nicht nur in Breslau, auch in München ist eine solche Bestrafung erfolgt. — Auer: Ich kann hinzusetzen, daß auch in Kaiserslautern eine solche Bestrafung erfolgt ist, doch in Folge einer beim Reichsgerichte eingelegten Revision schließlich

eine Freisprechung erfolgt ist. — Bebel: Wenn Landesauschüsse wirklich bestanden hätten, dann hätte man wohl anderes Material als Artikel des „Sozial-Demokrat“ gegen uns ins Feld geführt. — Präsident: Was verstehen Sie unter den in weiteren Artikeln des „Sozial-Demokrat“ erwähnten Vertrauensmännern? — Bebel: Darunter sind solche ältere Parteigenossen zu verstehen, die das Vertrauen der Parteigenossen genießen. Die Vertrauensleute brauchen nicht gewählt zu werden, sondern entstehen von selbst. Sie sind notwendig zur Vorbereitung von Wahlen, zur Bestimmung für zu gebende Unterstüßungen. Diese sind von selbst ergebende Organisation der Vertrauensmänner ist um so notwendiger, da es notorisch vorgekommen ist, daß ganz besonders aus Berlin eine Anzahl Leute ausgewiesen wurden, die im Dienste der Polizei standen und die sich nur ausweisen ließen, um das Vertrauen der Polizei zu erlangen und etwas zu erfahren. Im Uebrigen ergibt folgende von dem aus Berlin ausgewiesenen Stadtverordneten Ewald der Berliner Polizei eingereichte Anmeldung einer Vertrauensmänner-Besammlungs, daß eine solche nicht weniger als geheime Charakteristik ist, sondern unter den Augen der Polizei abgehalten wird. — Der Präsident verliest die von Bebel überreichte politische Versammlung-Anmeldung Ewald's.

Präsident: Wieso entstanden die ständigen Vertrauensleute? — Bebel: Es ist doch sehr erklärlich, daß z. B. in einer Stadt, wie Chemnitz, nach Erlaß des Sozialisten-Gesetzes eine Anzahl Vertrauensmänner ständig funktionieren. Derartige wäre allerdings unmöglich gewesen, wenn die Partei erst nach Erlaß des Sozialisten-Gesetzes ins Leben getreten wäre. Das Sozialisten-Gesetz hat nämlich den Fehler, daß es 15 Jahre zu spät gekommen ist. — Auer: Ich wohne jetzt fünf Jahre in Schwerin, es ist doch selbstverständlich, daß wenn Jemand über Schweriner Parteiverhältnisse etwas wissen will, sich an mich wendet, da doch jedem Genossen bekannt ist, daß ich ihm darüber die beste Auskunft geben kann. Ich bin somit, wie von selbst, der ständige Vertrauensmann der Partei. Ähnlich werden die Verhältnisse in allen anderen Orten liegen. Dies ist aber doch keine geheime Organisation, um die allein es sich hier handeln kann. Die Partei besteht nach wie vor, sie besteht aus hundertaufen von Männern, die vielfach ausfallgebend bei den Wahlen sind, hat ihre offizielle Vertretung im Reichstage, das ist Jedermann bekannt. Die Partei als solche ist nicht verboten, sondern doch lediglich ihre Organisation. Das Vorhandensein von Vertrauensmännern beweist aber, wie bereits des Näheren ausgeführt, noch keineswegs das Vorhandensein irgend einer Organisation. — Präsi.: Weitere Artikel des „Sozialdemokrat“ konstatiren, daß die Partei Beamte habe. — Bebel weist nach, daß der betreffende Artikel sich auf die Zeit vor dem Sozialistengesetz bezieht. — Aus einem weiteren Artikel des „Sozialdemokrat“ geht hervor, daß vor einiger Zeit eine sächsische Landesversammlung der Sozialdemokraten stattgefunden hat. — Bebel: Diese Versammlung hat, so viel ich weiß, stattgefunden, ich weiß nur nicht, was sie mit der gegenwärtigen Anklage zu thun hat. Es könnte sich hierbei doch lediglich um eine Verlesung des sächsischen Vereinsgesetzes handeln. — Präsi.: Diese Versammlung beweist doch aber, daß unter den verschiedenen Sozialdemokraten ein gewisser Zusammenhang besteht? — Bebel: Allerdings besteht ein solcher Zusammenhang. Würde er nicht bestehen, dann würden wir ihn schaffen. Dies beweist aber noch keineswegs die Unterhaltung einer geheimen Verbindung. Es würde mir z. B. ein Leichter sein, morgen Abend hier in Chemnitz eine Versammlung von 3000 Personen zu Stande zu bringen und zwar ohne die geringste Zeitungs-Annonce und ohne daß die geringste Organisation besteht. Ich brauche bloß die Absicht laut werden lassen, morgen Abend in einer Versammlung zu sprechen und wie ein Lauffeuer würde sich diese Kunde durch alle Fabriken verbreiten. (Heiterkeit im Auditorium.) — Präsi.: Ich fordere das Publikum auf, sich ruhig zu verhalten; ich werde im Wiederholungs-falle die Schuldigen feststellen und wenn dies nicht gelingen sollte, die Tribunen räumen lassen. Der Gerichtssaal ist kein Ort, wo sich Mißfalls- oder Beifallsbezeugungen geziemen.

Weitere im „Sozial-Demokrat“ erschienene Artikel sprechen von Vertrauensmänner-Konferenzen. Der Angeklagte Ulrich bemerkt: Er sei selbst Mitglied der in Hefsen regelmäßig stattfindenden Vertrauensmänner-Konferenzen, die stets unter den Augen der Polizei stattfanden. In diesen Konferenzen werden fast ausschließlich Wahlangelegenheiten besprochen. — Der Präsident konstatiert, daß die Partei einen Unterstüßungsfonds und einen Flugchriftenfonds habe. — Auer: Das ist richtig, aber jedenfalls nicht strafbar. Wir quittiren stets über alle Fonds öffentlich. So erhielten wir eines Tages von einem nicht zu unserer Partei gehörigen Reichstags-Abgeordneten 3000 Mark, die von Abgeordneten der verschiedensten Parteien behufs Unterstüßung der Opfer des Sozialistengesetzes gesammelt worden waren. Der Abgeordnete Lasar hat sich z. B. ganz unendlich für derartige Unterstüßungen interessiert. — Präsident: Des Weiteren ist in dem Wjdener Kongress-Protokoll von Parteisteuern die Rede. — Auer: Wir leugnen nicht, daß wir Parteisteuern gesammelt, allein bestimmte Steuern nach festen Normen haben wir nicht erhoben und konnten sie nicht erheben. Es sind allerdings auf dem Wjdener Kongresse derartige Anträge gestellt worden, die, nachdem die Organisation aufgelöst, die Druckereien geschlossen u. s. w., sehr erklärlich waren. Allein ganz besonders waren es Bebel und ich, die diese Anträge bekämpften, weil wir wußten, daß sie der Partei Ungelegenheiten bereiten könnten. Die Anträge wurden auch sämtlich abgelehnt. — Im Weiteren stellt Bebel dar, daß die Schweizer Vereinsbuchdruckerei und Buchhandlung, in welcher ersterer der „Sozialdemokrat“ gedruckt wird, Eigentum der sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist. — Auf weiteres Befragen des Präsidenten giebt Bebel zu, daß der „Sozialdemokrat“ das offizielle Organ der sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist, er konstatiert jedoch aus einer von den sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten an die Redaktion des „Sozialdemokrat“ erlassenen Erklärung, betreffend das Verhalten der sozialdemokratischen Abgeordneten bei der Abstimmung über die Dampferkonvention im Reichstage, daß über den Einfluß der Parteileitung auf die Haltung des „Sozialdemokrat“ innerhalb der Reichstagsfraktion sowohl, als auch innerhalb der einzelnen Parteigenossen große Meinungsverschiedenheiten bestehen und daß die Parteileitung nicht für den Gesamteinhalt des „Sozialdemokrat“ verantwortlich gemacht werden kann. — Hier wird die Sitzung gegen 7 Uhr Abends auf Dienstag Vormittag 9 Uhr vertagt.

### Briefkasten der Redaktion.

- G. M. 122. Rein.
- A. B. 1. Die Versammlungen müssen angemeldet werden.
- D. S. Stallherstr. Nur das, was Sie vor dem Richter auszusagen, ist maßgebend.
- Hiedler. Brinzenstraße 93 im Restaurant.
- H. S. Im indischen Djan.
- S. S. Hollmannstraße. Das ist niemals geschehen.
- H. S. Dresdnerstr. 77. 37 Kilometer.
- F. D., Restaurateur. Dafür existiren keine bestimmten Zeitungen.
- G. M., Reserstr. 3. Das 7. Brandenburgische Infanterieregiment Nr. 60 liegt in Weisenburg und Bitich und gehört zum 15. Armeekorps.
- H. S., Belle-Alliancestr. Sie haben keine Alimente zu bezahlen.
- F. T., Barnimstr. Aus Ihrer Anfrage kann man nicht klug werden.

## Politische Uebersicht.

**Die Krise in den Balkanländern.** Das Steinein, welches in den Balkanländern ins Rollen gekommen ist, nimmt immer größere Dimensionen an. Serbien und Griechenland rüsten und auch der Fürst von Montenegro läßt in seinem Duobesatzte Värm schlagen.

Aus Athen wird berichtet: Zwei Klassen von Reservisten, etwa 5000 Mann, sind zur Fahne einberufen worden. Auf Anordnung der Regierung werden mehrere Regimenter Infanterie, Kavallerie und Artillerie, im Ganzen 17000 Mann, an verschiedenen Punkten in Thessalien konzentriert. Die jüngsten Vorgänge in Ostrumelien haben im ganzen Lande ein Gefühl der Empfindlichkeit und Entrüstung erzeugt.

Aus Prag meldet man eine allgemeine Erhebung Albanien, welches größtentheils von Truppen entblößt ist. Die serbische Regierung hat den Anlauf und die Requisition von Pferden angeordnet. Die Polizei hat den wehrpflichtigen Serben verboten, sich über die Grenzen des Landes hinaus zu entfernen, und gleichzeitig die zwangsweise Einreichung fremder Unterthanen begonnen.

Der „R. Fr. Br.“ zufolge passiren russische Offiziere in Zivilkleidern Semlin, um nach Bulgarien abzugehen. — Wie die „Schles. Bzt.“ wissen will, werden in nächster Zeit von Petersburg aus russische Offiziere und Mannschaften nach Montenegro abgehen, um dort als Instruktionen für das neu zu bildende scheidende Heer zu dienen. An der Spitze jener Instruktionen wird ein Kapitän der russischen Garde-Infanterie stehen, unter dessen Leitung die Stammtruppen für das scheidende Heer geschult werden sollen. Die russischen Offiziere und Mannschaften werden während ihrer, vorläufig auf ein Jahr bemessenen Anwesenheit in Montenegro einen sehr hohen Sold beziehen.

In Sofia (Hauptstadt von Bulgarien) ist die Sabranje (Volksvertretung) am 23. September zusammengetreten und auch am selben Tage wieder geschlossen worden. Sie erhielt dem Fürsten Alexander unbedingte Vollmachten, verfügte über die Belagerungszustandes und Suspension des Pressgesetzes, bewilligte 5 Millionen Frankl zur unbedingten Disposition des Fürsten und überdies 10 Millionen als Reservefonds. — Alle bulgarischen Beamten sind in die Miliz eingereiht, um in Abwesenheit der Armee die Ordnung zu erhalten. Ueberall haben sich Damen-Komitees gebildet, um die Ambulanz zu unterstützen. Von Philippopol geben fortwährend Expresszüge mit Truppen an die Grenze ab, wo sich bulgarische Bosujs in Menge zeigen. In Rumelien herrscht Wassermangel. Ein großer, von Rußland kommender Patrontransport für Bulgaren wurde in Reni aufgehalten.

Aus Sofia wird unterm 25. September telegraphisch gemeldet: „Das bereits signalisirte bulgarische Rundschreiben an die Mächte befragt, der Fürst habe es in Folge der vollzogenen Thatsachen für seine heilige Pflicht gehalten, den Mächten der Rumelien nachzugeben. Das Rundschreiben erinnert an die Depesche des Fürsten, in welcher er sich für die Ruhe des Landes und die Sicherheit aller seiner Bewohner verbürgte, und an das einstimmige Votum der Kammer, sowie an deren Wunsch, daß die Mächte bei dem Sultan sich für die Anerkennung der Union verwenden möchten. Die europäischen Regierungen möchten ihre Stimmen erheben, um einem Konflikt vorzubeugen, denn die türkische Armee könne jeden Augenblick eine Angriffsbewegung machen.“ — Dem Battenberger scheint doch etwas schweiß zu werden bei der Sache, allem Anschein nach dürfte auch für ihn nicht Alles so glatt verlaufen.

Die Türkei hat befallentlich an die Konferenz-Mächte (welche auf der Berliner Konferenz vertreten waren) ein Schreiben gerichtet, in welchem sie gegen das Verfahren des Fürsten von Bulgarien protestirt. In Folge dessen wird in Konstantinopel eine Konferenz sämtlicher Botschafter dieser Mächte stattfinden, welche wahrscheinlich das Ergebnis haben wird, daß man der Türkei das ihr laut Berliner Vertrag zustehende Recht der Oberherrschaft über Ostrumelien aufs Neue bekräftigt. — Inzwischen hat in Konstantinopel eine Ministerkrise stattgefunden, ein neues Ministerium hat das bestehende verdrängt. Ali Saib Pascha wurde zum Kriegsminister ernannt und bleibt zugleich Großmeister der Artillerie. Der bisherige türkische Botschafter in Berlin, Said Pascha, ist zum Minister des Aeußern ernannt worden und wird somit Leiter des neuen Ministeriums sein. Dasselbe hat bereits eine Sitzung gehalten, in welcher der kritische Stand der Angelegenheiten Gegenstand der Erörterung bildete. Fast allgemein wird angenommen, daß das neue Kabinett eine versöhnliche Politik einschlagen werde, und zwar in dem Sinne, daß es in Uebereinstimmung mit den Mächten handeln werde. Das neue Kabinett wartet die Rathschläge der Mächte ab, trifft aber fortgesetzt Vorbereitungen für den Fall, daß eine Aktion nothwendig werden sollte, und sollen die Reserven in den europäischen Provinzen einberufen werden.

Recht wird es dem türkischen Kabinett nicht werden, den von allen Seiten herandrängenden Feinden der Türkei Widerstand zu leisten. Jeder möchte gern ein Stück Land und auch gleich das größte erhaschen. Dabei giebt es auch noch im innern des Landes an verschiedenen Punkten Kämpfe. So ist es zwischen den türkischen Truppen und den Albanesen zu einem blutigen Kampfe gekommen, wobei auf Seiten der Türken 100, von den Albanesen aber gegen 1000 Mann gefallen sind. Die letzteren haben sich den türkischen Führern nunmehr unterworfen. Die Mazedonier wollen auch nichts von der türkischen Herrschaft wissen. Ein Telegramm aus Sofia meldet, daß 200 bewaffnete Mazedonier dort eintrafen, welche sofort von der Grenze weg nach Ostrumelien dirigirt wurden. Sie kommen den Bulgaren recht gelegen.

Aus London wird telegraphirt: Die Großmächte haben auf Vorschlag Frankreichs Griechenland eine ruhigere Haltung empfohlen. Ein ähnlicher Schritt steht bezüglich anderer Balkanregierungen bevor.

Fürst Alexander reist im Lande umher und läßt sich — wie der Telegraph östlichschuldigst mittheilt — von der Bevölkerung huldigen. Er soll sich dahin ausgesprochen haben, daß von bulgarischer Seite nicht der „erste Schuß“ fallen werde. Als ob er das verhindern könnte! Hinterher will freilich Niemand das Karnival gewesen sein. Wäre die Türkei nicht noch von anderen Seiten in Anspruch genommen und lägen die Verhältnisse am Posporus nicht gar zu sehr im Argen, so wäre nicht nur der erste Schuß schon gefallen, sondern Hunderte und Tausende würden bereits mit ihrem Blute die Felder gedüngt haben. Vorläufig wird nun zwar die Diplomatie die Angelegenheit zu ordnen suchen, statt der Hinfen und Säbeln werden die Federn in Bewegung gesetzt werden, das Intriguenspiel wird beginnen. Ob damit aber die bulgarische Frage zur Lösung gebracht werden kann? Schwerlich!

Auf Grund des Sozialistengesetzes macht der „Reichs-Anzeiger“ bekannt, daß den Personen, welche aus den Bezirken des kleinen Belagerungszustandes ausgewiesen sind, der Auf-

enthalt innerhalb dieser Bezirke auch fernerhin untersagt ist. Ausgenommen hiervon sind nur diejenigen Personen, welchen der Aufenthalt in den erwähnten Kreisen durch besondere Verfügungen ohne Vorbehalt wieder gestattet ist.

Der Reichsanzeiger publicirt folgende Verordnung, die Ausführung des Gesetzes über die Ausdehnung der Unfall- und Krankenversicherung vom 28. Mai 1885 betreffend, vom 22. September 1885. Zur Ausführung von § 1, Biffer 1 des Gesetzes über die Ausdehnung der Unfall- und Krankenversicherung vom 28. Mai 1885 (Reichs-Gesetzblatt Seite 159) in Verbindung mit § 109 Absatz 1 des Unfallversicherungsgesetzes vom 6. Juli 1884 (Reichs-Gesetzblatt Seite 69) wird im Anschlusse an die Verordnung vom 19. Juli 1884 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 198) bestimmt, daß für die innerhalb des königlich sächsischen Staatsgebietes gelegenen Strecken der Zittau-Neichenberger, der Gashwiy-Neuweißenberger und der Oberhohndorf-Neichenberger Privatbahnen die den höheren Verwaltungsbehörden zugewiesenen Berrichtungen der General-Direktion der Staatseisenbahnen und die Berrichtungen der unteren Verwaltungsbehörden, welchen auch die Funktionen der Orts-Polizeibehörden in Betreff der in Rede stehenden Privatbahnbetriebe auf Grund des § 109 des Unfallversicherungsgesetzes vom 6. Juli 1884 obliegen sollen, für die betreffenden Strecken bei der Zittau-Neichenberger Privatbahn der Betriebs-Ober-Inspektion Dresden, Neustadt 1 (Schlesischer Bahnhof), bei der Gashwiy-Neuweißenberger Privatbahn der Betriebs-Ober-Inspektion Leipzig 1 (Bayerischer Bahnhof) und bei der Oberhohndorf-Neichenberger Privatbahn der Betriebs-Ober-Inspektion Zwickau übertragen werden. Dresden, am 22. September 1885. Ministerium des Innern.

## Kommunales.

**Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 1. Oktober cr., Nachmittags 5 Uhr.** Vorlagen, betr. Pensionirungen und Anstellungen — Berichterstatter des Ausschusses für Rechnungssachen — desgl. über die Vorlage, betr. die Berechnung der für dienstunfähige Feuerwehrbeamte an Stelle der Pension bewilligten Beträge — Vorlage, betr. die Erriichtung einer neuen Beamtenstube und einer neuen Dienersstube bei der Sparkasse, sowie die Einstellung eines zweiten Wagens bei derselben zur Vermittelung des Verkehrs mit den Annahmestellen — desgl., betr. den Verlauf der Baullisten auf dem zur Freilegung der Poststraße erworbenen Terrain des Grundstücks Möckernstraße 92/93 zum Abbruch — desgl., betr. die Erwerbung des von dem Grundstück Wallstraße 32/33 zur Straße freigelegten Terrains — desgl., betr. die bei der Haupt-Sitzungslasse vorgenommenen Unterschlagungen — desgl., betr. die bei der Berathung des Etats der sächsischen Kosten der Ortspolizei-Verwaltung pro 1885/86 gefaßten Resolutionen — desgl., betr. die Schließung der öffentlichen Wochenmärkte — desgl., betr. die Notatenantwortung zum Finalabschluß des Zentral-Viehmarktes, des Zentral-Schlachthofes und der Fleischschau pro 1. April 1883/84 — eine Rechnung — Vorlage, betr. eine Unterstützungssache — desgl., betr. den Ablauf der Wahlperiode der Zivil-Mitglieder der beiden Ersay-Kommissionen.

## Lokales.

**Ueber Arbeitslöhne und Materialpreise** vor hundertunddreißig Jahren geben die zum Bau des neuen Hochgerichts an dem heutigen Gartenplatz eingereichten Rechnungen interessante Aufschlüsse. Durch königliche Kabinetordre vom 27. Mai 1752, so berichtet die „Staats-Bzt.“, wurde dem Magistrat anbefohlen, das alte Hochgericht auf dem Neuen Markt abbrechen und ein neues vor dem Hamburger und Rosenthaler Thor errichten zu lassen. Der Abbruch und Neubau kostete 1196 Thlr. 16 Gr. (der Thaler ist immer 24 gute Groschen gerechnet), durch Verlauf von alten Materialien wurden 462 Thlr. 28 Gr. 10 Pf. gelöst, zu den baren Ausgaben gab die kurbairische Rentekasse 326 Thlr. 21 Gr. 10 Pf. Was nun die bezahlten Arbeitslöhne betrifft, so erhielt ein Maurerpolier täglich 13 Gr., ein Maurer 11 Gr., ein Handlanger 5 1/2 Gr., ein Zimmermeister 1 Thlr., 1 Zimmerpolier 13 Gr., 1 Zimmergehilfe 11 Gr. Die Steinmehre berechneten für den Meister 1 Thlr., für den Gesellen 18 Gr., doch wurde für denselben nur 14 Gr. bewilligt. Die Auf- und Woffenschmiede forderten für den Meister 1 Thlr. 8 Gr., für den Gesellen 1 Thlr., doch wurden nur 1 Thlr., resp. 16 Gr. bewilligt. Ein gewöhnlicher Tagelöhner erhielt 6 Gr., der Nachtwächter beim Bau 5 Gr., der Stadtwachmeister für Ueberbringung des täglichen Rapportes 6 Gr. Eine bedeutende Reduktion mußte sich der Steinmehre gefallen lassen. Derselbe liquidierte 147 Thlr. 4 Gr., erhielt jedoch nur 99 Thlr.; die Herstellung des sogenannten „Radensteines“ kostete beispielsweise 27 Thlr. 16 Gr. Was die Preise der Materialien betrifft, so erfahren wir, daß 1 Wispel Kalk 16 Gr., 1 Scheffel Gips 16 Gr., 1 Wd. Blei 1 1/2 Gr., 1 Wd. neues Kupfer 8 Gr., 9 Pf., 1 Wd. altes Kupfer 6 Gr. kostete. Alles Eisen wird das Pfund mit 7 Pf. berechnet, 1 Schock kleine Tischlerbretter kostete 20 Thlr., der laufende Fuß Kreuzholz 6 Gr., ganzes Holz 1 Gr. 3 Pf. Während die Anstricharbeit mit 38 Thlr. hoch berechnet erscheint, sind die Kosten für Anlage eines Brennens sehr gering. Einen solchen mit 8 Fuß Wassertiefe herzustellen kostete alles in allem 20 Thlr. 23 Gr., gewiß auch für damalige Verhältnisse ein bescheidenen Preis, denn man kann unbedenklich annehmen, daß der Werth des Geldes, das heißt seine Kaufkraft, vor 130 Jahren dreimal größer war als heute. Da nun gerade vom Hochgericht die Rede ist, wollen wir noch einer kleinen Kostenrechnung für Justifizirung zweier armen Sünder gedenken. Dieselbe lautet nach dem Original: „Was mir ist ausgezahlt worden von des Herrn Hoch Edlen Magistrath an Execution Gehälfr, die Frau mit dem Schwerte von Leben zum Tode gebracht 16 Gr., den Leib auf den Rade und den Kopf auf den Pfahl 16 Gr., vor den Nagel zum Kopf und Strick 16 Gr., vor den Kerl auf den Karrn die Stad um zu fahren 16 Gr., vor aufhängen 16 Gr. Eine Kette um den Leib und um den Fuß 12 Gr. den 19. December 1747. Wittwe Weidmannin. Scharr Richter.“

ar. Der Pferdewerksfabrikant Grägeweit aus Rixdorf, welcher in den ersten Tagen der vergangenen Woche verhaftet wurde, ist am Donnerstag aus der Untersuchungshaft wieder entlassen worden.

hg. Die Berliner Sängerschaft hatte am Sonntag unter Leitung ihres Dirigenten Herrn Edwin Schulz, im Konzerthause einen „Viederabend“ veranstaltet, welcher recht glänzend verlief. Die Berliner Sängerschaft ist eine Vereinigung von fünf Männergesangsvereinen, von denen der aus 50 Mitgliedern bestehende Gesangsverein des großen Berliner Handwerkervereins den Kern bildet. Der aus 120 Sängern bestehende Chor sang die gewählten Lieder, bis auf kleine Schwankungen in der Intonation, recht brav. Die Aussprache

war durchweg musterhaft; es ist dies ganz besonders zu bewundern, da, wie man uns mittheilte, nur sechs Gesammtproben stattgefunden hatten. Was würde sechs Vereintung als ein Verein leisten, wenn derselbe jede Woche unter Schulz' bewährter Leitung läßt! Schade, daß unsere Herren Sänger noch immer nicht einsehen können, daß nur ein großer Verein „Großes“ leisten kann und alle kleinen Vereine Stüchwerk sind. Von den Chören nennen wir als besonders gelungen: „An das Vaterland“ von Kreuzer; „Herbstlied“ von Dürmer; „Noth Rufelein“ von Edwin Schulz; „Antreue“ von Slicher und als die vollendete Leistung: „Aeb der Deutschen in Lion“ von Mendelssohn. Unterstützt wurden die Konzerter durch die Sängerin Fel. S. Liebert und den Kgl. Kammermusiker Herrn Felix Meyer. Der letztere erntete wohlverdienten Beifall und wurde nach jeder Nummer stürmisch gerufen.

Die Bühnenproben zum Offenbachjubiläum haben bereits ihren Anfang genommen und nach dem Verlauf derselben lassen sich nunmehr die einzelnen Phasen dieser interessanten Vorstellungen näher präzisiren. Herr Direktor Frische hat bei der Festsetzung der einzelnen Aufführungstermine nicht nur auf die physische Leistungsfähigkeit des Personals des Friedrich-Wilhelmstädtischen Theaters Rücksicht nehmen zu müssen geglaubt, sondern auch die Stipulation des Vertrages im Auge behalten müssen, nach welchem die erste Serie des Jullius am 15. November beendet sein muß. In Folge dessen ist die Zahl der Wiederholungen in der ersten Serie eine ungleiche, was nicht ausschließlich, daß diesen Operetten dafür im zweiten Turnus mehrere Abende eingeräumt werden. Den Anfang macht am 8. Oktober die Aufführung der drei reißvollsten Einakter: Hochzeit bei Laternenschein, Bauergerichte, Mr. und Mme. Denis; Sonnabend, den 10. Oktober folgt: Orpheus in der Unterwelt; als dritter Abend schließt sich an am 17. Oktober: Die schöne Helena; als vierter Abend am 23. Oktober: Die Großherzogin von Gerolstein; als fünfter Abend am 28. Oktober: Blaubart; als sechster Abend am 31. Oktober: Pariser Leben; als siebenter Abend am 7. November: Die Banditen, und am 14. November als Schluß der ersten Jullius-Serie: Hoffmann's Erzählungen.

**Polizeibericht.** Am 28. d. M., Vormittags, ging das vor einem Geschäftswagen gefessene Pferd des Fischhändlers Grindel in der Königgräberstraße durch und lief dabei gegen eine Straßenlaterne an. Grindel wurde durch den Anprall vom Wagen und gegen den Laternenpfahl geschleudert, so daß er eine nicht unbedeutende Verletzung am Kopfe erlitt. — An demselben Tage wurde eine Frau am Elisabeth Ufer von einer Dohnmachte befallen und mußte, da sie sich nicht erholt, nach der Charite gebracht werden. — Um dieselbe Zeit gerieth in dem Hause Prinzessinnenstraße Nr. 30 die Balkenlage unter einer Hochmaschine und einige Stunden später in dem Hause Kottbuserstraße Nr. 1 eine Schaldecke in Brand. Beide Feuer wurden von der Feuerwehr in kurzer Zeit gelöscht. — An demselben Tage, Abends, fiel ein Arbeiter in der Trunkenheit von der Friedrichstraße in die Spree, wurde indeß von Schiffen gerettet und nach der Wache des 1. Polizei-Reviers gebracht.

## Gerichts-Zeitung.

### Prozeß Graef.

#### Zweiter Tag.

Vorsitzender Landgerichtsdirektor Müller eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr. Die Psychognomie des Saales ist dieselbe, wie am ersten Tage. Nachdem gestern das Inquisitionar beendet worden, beginnt nunmehr die Zeugenvernehmung. Um den Geschworenen klar zu legen, auf welche Punkte der Beweiserhebung dieselben ihr Hauptaugenmerk zu richten haben, erläutert der Vorsitzende nochmals die vier Punkte der Anklage, welche sich gegen Graef und diejenigen, welche sich gegen die übrigen Angeklagten richten. Graef ist befallentlich auch beschuldigt, in dem gegen die Frau Hammermann gerichteten Prozeß wegen Erpressung, am 6. Juni 1884, einen Meineid geleistet zu haben. Der Erpressungsversuch war gegen den Prof. Kretschmer und gegen Prof. Graef unternommen und letzterer hat in dem Hauptverhandlungstermin ebenso, wie Prof. Kretschmer, befohlen, daß er mit dem als Modell dienenden Mädchen Helene Hammermann keine unzüchtigen Handlungen begangen habe. Auf diese Vorgänge allein bezieht sich zunächst die Beweisaufnahme, so daß die drei weiblichen Angeklagten heute vorläufig außer Debatte stehen. Nach Feststellung der altentwägigen Vorgänge wird auf Antrag des Justizrath Simon die damals gegen Frau Hammermann und ihren Veitrah, den Volksanwalt Krüsch, gerichtete Anklage verlesen, welche damals viele Gründe aufzählte, aus welchen die von der kleinen Hammermann und ihrer Mutter gegen Prof. Graef erhobene Beschuldigung als vollständig unglaubwürdig erscheinen müsse. Aus den Akten geht ferner hervor, daß Frau Hammermann damals eine unbescholtene Person war, während Krüsch bereits eine Vorstrafe von 9 Monaten Gefängnis wegen Unterschlagung erlitten hatte. Erster Zeuge ist Landgerichtsdirektor Bachmann, welcher s. B. bei der mündlichen Verhandlung gegen Hammermann den Vorstoß geführt hatte. — Aus der Darstellung desselben geht hervor, daß in jener Verhandlung die Helene Hammermann trotz ihrer Konfrontation mit den Professoren Graef und Kretschmer dabei geblieben war, daß beide Herren sie unzüchtig berührt haben. — Nach der Erinnerung des Zeugen hatte damals der Verteidiger die irrtümliche Behauptung aufgestellt, daß zwischen Graef und der Anna Rothe ein ganz intimes Verhältnis, welches zu Reifen, zahlreichen Geldspenden u. geführt, bestanden habe. Als der Irrthum in der Person konstatirt worden war, hat Zeuge den Angeklagten Graef gefragt: „Hat zwischen Ihnen und der Bertha Rothe ein derartiges Verhältnis bestanden?“ worauf Graef auch diese Frage verneint und nachher seine Aussage beschworen hat. Die Feststellung des Vorlautes der kritischen Frage macht einige Schwierigkeiten. Die Malschheit, daß dieselbe gelaunt hat: „Besteht ein solches Verhältnis u.“ verneint der Zeuge und betont, daß Graef über die Bedeutung der Frage gar keinen Zweifel haben konnte, da er im Saale zugegen war, als die Erörterungen bezüglich der Anna Rothe stattfanden. — Angeklagter Graef bestreitet mit einiger Bestimmtheit die präzise Wiedergabe dieser Frage. Er wiederholt immer wieder, daß bei den Erörterungen über das „Verhältnis“ mit der Anna Rothe zweifellos von einem Verhältnis die Rede gewesen, bei welchem Gebrauh im Spiele stand; er habe deshalb mit gutem Gewissen ein derartiges Verhältnis ablehnen müssen. — R. A. Kleinholz: „Erinnert sich der Zeuge, daß der Angeklagte Graef bei der Vernehmung jener Frage ausdrücklich hinzugefügt habe, daß er die Familie Rothe allerdings mit reichlichen Geldmitteln unterstützt habe. — Das scheint mir doch die Behauptung des Angeklagten zu unterstützen, daß er nur ein Verhältnis ablehnen wollte, bei welchem es sich um Ehebruch handelte. — Angekl. Graef:

Ich bleibe dabei, daß die an mich gerichtete Frage anders gelaufen ist. Ich bin damals überhaupt zum ersten Mal in meinem Leben vor Gericht gewesen und habe den Inhalt jener Frage entschieden nur in dem Sinne aufgefaßt, wie ich angegeben habe. — Justizrat Simion: Ich bitte den Zeugen, daß er sich über den Eindruck äußern möge, welchen die Helene Hammermann auf ihn gemacht hat? — Landgerichtsdirektor Bachmann: Ich würde, wir sind hier, um uns über Thatsachen auszulassen, nicht aber über Eindrücke. — Justizrat Simion: Es handelt sich hier auch über eine Thatsache. Sie haben Ihren Eindruck dem Erkenntnis einverleibt und insofern handelt es sich um eine Thatsache. Ich muß daher darauf bestehen, daß Sie hier bezeugen, welchen Eindruck das Mädchen auf Sie gemacht hat. Bitte, antworten Sie, Herr Zeuge. — Landgerichtsdirektor Bachmann: Ich bin schließlich auch bereit dazu und erkläre also, daß der Eindruck des Mädchens kein günstiger war. — Justizrat Simion: Damit bin ich vollkommen befriedigt. — Kammergerichtsrath Randelhardt, welcher f. B. das Erkenntnis gegen die Hammermann verfaßt hat, kann sich der einzelnen Worte bei der kritischen Fragestellung nicht mehr erinnern, glaubt, daß die Frage nicht im Präsens, sondern im Perfektum gehalten war, und erinnert sich, daß Graef allerdings zugegeben, daß er aus Mitleid und wegen der Dürftigkeit der Verhältnisse, in denen die Familie Kother lebte, dieselbe unterstellt habe. Die Helene Hammermann hat auf den Zeugen einen sehr unglaublichen Eindruck gemacht. Auch der Landrichter Diez weiß sich mit positiver Bestimmtheit der einzelnen Worte nicht mehr zu erinnern, doch hat auch auf ihn die Helene H. den Eindruck gemacht, als ob ihre Beschuldigungen eingeleitet waren. — Referendar Berg hat nur den allgemeinen Eindruck, daß Prof. Graef sein Verhältnis zur Bertha Kother als ein unschuldiges bezeichnet hat. — Dieran schließt sich die Verlesung der Erkenntnisgründe in dem Prozesse gegen Frau Hammermann. Helene Hammermann, ein nicht unschönes, jetzt noch nicht 16-jähriges Mädchen gehört einer ganzen Modellschule an. Ihre Mutter steht Modell, die Schwester ihrer Mutter beschäftigt sich gleichfalls damit und Helene ist auf des letzteren Empfehlung mit kaum 12 Jahren ebenfalls als Modell zu den verschiedensten Künstlern gekommen, zuerst zu Prof. Thumann und dann auch zu Prof. Graef. Sie macht den Eindruck eines sehr gewetzten Mädchens und ihre Beludungen sind sehr prompt und bestimmt. Auf die nachdrückliche Ermahnung des Vorsitzenden zur Wahrheit versichert sie, daß ihre Eltern ihr keinerlei Instruktion erteilt haben. Sie bleibt bei ihren Beschuldigungen gegen Graef und behauptet, daß sie bei dem behaupteten Mitleid derselben im Atelier gefahren habe; Personen, welche unmittelbar neben dem Atelier waren, scheinen jedoch von einem solchen Schrei nichts gehört zu haben. — Präsid.: Sie haben zwei Briefe an Prof. Graef geschrieben, in welchem Sie ihm Vorwürfe machen. Haben Sie diese Briefe aus eigenem Antriebe geschrieben? — Zeugin: Gewiß. — Präsid.: Nun so selbstverständlich ist dies doch von einem so jungen Mädchen nicht. — Zeugin: Es ließ mir keine Ruhe. — Präsid.: Wie kommt es denn aber, daß Sie später eine Erklärung geschrieben haben, wonach alle Ihre Beschuldigungen erfunden waren. — Zeugin: Das habe ich auf Befehl meines Vaters getan. Derselbe kam einmal mitten in der Nacht, weckte mich und sagte: Helene, Du mußt aufstehen, es muß jetzt etwas unternommen werden! Dann hat mir mein Vater jene Erklärung vorgelegt. Ich habe zuerst gesagt, daß dies ja nicht die Wahrheit sei, nachher habe ich aber die Erklärung abgeschrieben, weil ich dachte, meine Mutter würde gerechert werden. — Präsid.: Da ist noch eine Erklärung eines Fräulein Lehmann. Hat dieselbe auch auf Geheiß Ihres Vaters geschrieben? — Zeugin: Ich glaube, daß sie auch meinem Vater diesen Befehl getan hat. — Der Angeklagte Graef erklärt diese ganze Darstellung, zu welcher übrigens zu bemerken ist, daß nach dem in dem Hammermann'schen Erkenntnis enthaltenen Gutachten der Sachverständigen dieselbe schon physische Unmöglichkeit enthält, für absolut unwahr. — Auf Wunsch des Staatsanwalts tritt Prof. Graef aus den Schranken und das Mädchen wiederholt ihm ihre Beschuldigungen nochmals ins Gesicht und meint: „Was ich im Atelier erlebe, das weiß ich ganz genau.“ Auch bei ihren Beschuldigungen gegenüber dem Prof. Kretschmer bleibt sie stehen, andere Künstler dagegen hätten sich nie in dieser Weise an ihr vergangen. — Die Auslagen der Mutter des Mädchens, Frau Hammermann, lauten begreiflicher Weise sehr beläsend für den Angeklagten Graef. Sie behauptet, daß, als ihr das Mädchen weinend ihr Abenteuer im Graef'schen Atelier erzählt habe, sie den Angeklagten Graef aufgeschreckt und ihm Vorwürfe gemacht habe. Sie habe ihm erzählt, daß sie schon gegen einen anderen Professor eine Denunziation erlassen habe; der Angeklagte habe sich so gut wie möglich entschuldigt, sie gebeten, ihn nur nicht zu blamieren und ihr für ihr Schweigen 10 M. geboten. Sie sei nicht zu Graef gekommen, um von demselben Geld zu erwischen. — Dem gegenüber bleibt Prof. Graef dabei, daß die Frau an ihn das Verlangen nach 1000 Mark gestellt habe. Er sei zuerst sehr groß gewesen und habe der Frau, um sie endlich los zu werden, schließlich 10 M. gegeben, welche als Honorar für die Tochter betrachtet werden sollten. — Der Vater Wilhelm Hammermann ist ein äußerst lebhafter Mann. Er ist, wie er angiebt, früher Dachdeckermeister gewesen, hat aber Unglück gehabt und dann in Nürnberg mit einem Verwandten, welcher Hausbesitzer war, eine Schaubude betrieben. Er hat aber dabei keine Wollte gesponnen und fiedelte deshalb nach Berlin über, um sich hier als Modellsieber zu ernähren. — Präsid.: Wie sind Sie denn auf diesen Berufszweig gekommen? — Zeuge: Na, das lag so in unserer Familie. Man hatte auch mir schon immer gesagt, daß ich mich gut zum Modell eignen würde und da ich einen kräftigen Körperbau habe, so habe ich es mit diesem Geschäft versucht und habe auch darin Glück gehabt, denn ich bin eins der beschäftigten Modelle. — Präsid.: Jetzt auch noch? — Zeuge: Erst seit der Verhaftung Graef's ist die Nachfrage nach mir seitens der Künstler geringer geworden, nach der Beurteilung meiner Frau aber war ich noch sehr beschäftigt. — Präsid.: Sie haben also ein ganz gutes Geschäft gemacht? — Zeuge: Ich habe ein sehr schönes Geld verdient. — Präsid.: Und da haben Sie gedacht, daß auch Ihre Tochter damit Geld verdienen könnte? — Zeuge: Jawohl! — Präsid.: Hat Ihnen denn das bei solchem Kinde passend erschienen? — Zeuge: Wir haben diese Beschäftigung nicht für unanständig gehalten und das kann ich Ihnen sagen, daß in unserer Familie kein unzünftiges Wort gesprochen wird. — Präsid.: Nun, das ist sehr lässlich, im Gegenstand dazu behaupten nun aber einige Leute, daß Ihre Kinder gewissermaßen an den Anblick des Nackten gewöhnt worden seien. — Zeuge: Ich behäule! — Präsid.: Es wird behauptet, daß in Ihrer Wohnung ein nacktes männliches Modell zu Jedermanns Ansicht gestanden habe. — Zeuge: Das war ja meine eigene Gestalt, welche von einem Künstler modelliert worden war. — Präsid.: Das ist um so verwunderlicher. — Zeuge: Bei mir gilt im er der Grundtag; so wie der Mensch ist, so kann er sich auch geben. — Präsid.: Haben Sie Ihrer Tochter denn keine guten Lehren an den Weg in's Atelier mitgegeben. — Zeuge: Ich freilich! Ich habe ihr gesagt, daß sie beim Modellieren sich nicht anziehen lassen solle. — Der Zeuge erzählt dann sehr ausführlich und lebhaft seine Differenzen mit den Professoren Kretschmer und Graef. Als das Mädchen ihr Abenteuer bei Kretschmer erzählt hatte, habe er seine Frau zu ihr geschickt, um demselben die Wahrheit zu sagen. Das Mädchen hatte nämlich behauptet, daß sie von Professor Kretschmer zweimal molestiert worden sei. Professor Kretschmer habe aber seiner Frau beinahe die Thür gemessen und sie gleich mit der Bemerkung empfangen: „Ach Sie wollen wohl Geld erwischen? Sie scheinen Ihre Kinder dazu zu

dressieren. Zeigen Sie mich meinetwegen an!“ Dies habe ihn geärgert und deshalb habe er sich von dem Rechtsanwalt Krichen die Anzeige gegen Kretschmer anfertigen lassen. — Präsid.: Hatten Sie gar keine finanziellen Hintergedanken bei der Sendung Ihrer Frau zu Prof. Kretschmer? — Zeuge: In keiner Weise. Ich wollte ihn nur moralisch abstrafen. — Auch bei der Entsendung seiner Frau zu Prof. Graef will der Zeuge kein Geld gewünscht haben, er giebt jedoch zu, daß er seine Frau autorisiert habe, für den Fall, daß ihr Geld angeboten werden sollte, dasselbe anzunehmen. — Präsid.: Sie wünschten also auch Herrn Prof. Graef nur moralisch zu bestrafen, obgleich Sie bei Kretschmer wenig Glück damit gehabt haben? — Zeuge: Ja wohl. — Aus dem ferneren Erzählungen des Zeugen geht hervor, daß derselbe, seitdem seine Frau in Strafbhaft genommen worden war, Himmel und Hölle in Bewegung setzte, um dieselbe aus dem Gefängnis herauszubringen. Als dieselbe wegen Erkrankung eines ihrer Kinder zeitweilig aus der Haft entlassen worden war, hat dieselbe sich auf sein Geheiß an Graef mit der Bitte gewandt, ihr Geld zur Reise nach Amerika zu geben. Später, als die Frau ihre Strafe wieder antrat, hat er seiner Tochter die oben erwähnte Erklärung diktiert und mit dieser Erklärung in der Hand hat er unzählige persönliche und daneben auch schriftliche Versuche gemacht, die Herren Prof. Graef und Kretschmer für ein abzusendendes Gnadengesuch zu interessieren. Er hat jene Erklärung in welcher seine Tochter bezeugt, daß sie die Unwahrheit gesagt, gleich in zwei Exemplaren anfertigen lassen und beiden Professoren gemeinschaftlich überhandt. Es haben dann mit Graef viele Verhandlungen in Sachen des Gnadengesuchs stattgefunden und es ergiebt sich, daß beide Professoren nicht abgeneigt waren, ihre Hilfe zu einem Gnadengesuch zu leisten, schließlich sind die Verhandlungen aber abgebrochen worden. Graef behauptet, der Zeuge, der von den beiden Professoren schon mehrfach ein schriftliches Zeugnis dafür verlangt hatte, daß Frau Hammermann wahr-scheinlich in gutem Glauben gehandelt habe, sei schließlich in seinen Forderungen und Bittungen so maßlos geworden, daß die Verhandlungen sich damit zerfallen mußten. Der Zeuge Hammermann giebt zu, daß er die Denunziation gegen Graef wegen Meineids erst eingereicht habe, nachdem die Mitwirkung bei einem Gnadengesuch abgelehnt worden war. Ebenso giebt derselbe zu, daß er die verschiedensten Bemühungen unternommen hat, um so viel Material als möglich gegen Graef zusammen zu bringen. Als seine Frau schließlich an Anordnung der Staatsanwaltschaft aus der Strafbhaft entlassen worden war, hat er an Prof. Kretschmer gewissermaßen als Menetekel geschrieben: „Meine Frau ist jetzt frei und Herr Prof. Graef sitzt!“ — Justizrat Simion: Ein Fräulein Franziska Lehmann hat auf Ansuchen des Zeugen eine eidesstattliche Versicherung abgegeben. Ich frage den Zeugen, ob er noch andere Personen zu solchen falschen eidesstattlichen Versicherungen angezweifelt hat. — Zeuge: Darüber verweigere ich die Aussage. — Justizrat Simion: Der Zeuge hat verschiedene Briefe des Prof. Graef an die Familie Kother und andere Schriftstücke dem Staatsanwalt eingeschickt. Ich wünsche eine Auskunft darüber, wie der Zeuge in den Besitz dieser Schriftstücke gelangt ist. — Dem Zeugen entschlüpft im ersten Augenblick die Antwort „durch Litz“, dann aber macht er auch in dieser Beziehung von dem Rechte der Zeugnisverweigerung Gebrauch. Franziska Lehmann, eine 15-jährige Verwandte der Frau Hammermann, bezeugt, daß sie nach einer Vorlesung des Herrn Hammermann eines Tages in ihrem Namen eine falsche Erklärung dahin abgegeben habe, daß Helene Hammermann ihr gegenüber die Beschuldigung gegen Graef als eine erfundene bezeichnet habe. Der nächste Zeuge ist der R. A. Bernstein, welcher f. B. die Vertheidigung der Frau Hammermann geführt hat. Derselbe hat in dieser Eigenschaft die Frage nach dem Verhältnisse des Prof. Graef zu Bertha Kother zuerst zur Diskussion gebracht und als er die bezüglichen Zeugen vorlieb, auch der Staatsanwaltschaft das thema probandum, über welches dieselben vernommen werden sollten. Ueber den Wortlaut der damals an Professor Graef gerichteten Fragen und die Art der Fragestellung sieht R. A. Bernstein mit den Vorzeugen, namentlich aber mit dem Direktor Bachmann in unlösbarer Widersprache. Während der Zeuge nach seiner Erinnerung glaubt, daß er die bezügl. Fragen an Prof. Graef gerichtet hat, bleibt Direktor Bachmann dabei, daß die Fragestellung von ihm ausgegangen ist. Der Vorsitzende befragt auch die Angell. Anna Kother danach und dieselbe entscheidet sich dahin: „Ich weiß nicht, wer die Fragen gestellt hat; ich glaube aber, der erlauchte alte Herr!“ — Der Angell. Graef macht immer wieder geltend, daß er befragt worden sei: „Haben Sie die Bertha Kother verführt und stehen (nicht „stehen“) Sie in einem Verhältnis zu derselben?“ Direktor Bachmann bestreitet, das Wort „verführen“ überhaupt gebraucht zu haben. (Fortsetzung folgt.)

## Soziales und Arbeiterbewegung.

Zum Streit in der Erdmann'schen Riffenfabrik wird uns geschrieben: Der Streit ist vollständig zu Gunsten der Arbeiter ausgefallen und sind nunmehr der schon erwähnten Riffenfabrik von Fugh, Lindenstraße 35, Unterhandlungen angeknüpft worden. Herr Fugh erklärte, er habe mit der Kommission nichts zu schaffen und begahle, wie es ihm passe. Wenn der Lohn nicht genüge, der könne ja gehen. In Folge dessen haben sämtliche Arbeiter der Fabrik die Arbeit eingestellt. Herr Fugh erklärte weiter, daß er, wenn seine Arbeiter nicht gleich die Arbeit wieder aufnehmen würden, am nächsten Tage neue Arbeiter in seiner Fabrik einstellen würde. Darum appellierten wir an das Solidaritätsgefühl aller Kollegen und Berufsgenossen und ersuchen dringend, den Zuzug von benannter Fabrik streng fern zu halten. Streiks stehen weiter in Aussicht bei Herrn Valentini, Neue Jakobstraße 6, sowie bei Herrn Altherum, Deuthstraße 3. Die Kommission.

Zum Formerstreit in Leipzig. Die Streikkommission ist am Donnerstag, den 24. September, von der Behörde aufgelöst worden. Der Beschwerdeweg gegen diese Verfügunge ist betreten. Am Freitag, den 25. September, fand eine Versammlung der Former Leipzigs statt, welche nach genauer Prüfung der Sachlage einstimmig beschloß, den Streik weiter zu führen, weil die Prüfung ergab, daß der Stand derselben für die Streikenden ein günstiger sei. Die strengsten Nachregeln werden von Seiten der Behörden ergriffen; einen Beitrag hierzu giebt folgendes Schreiben der Amtshauptmannschaft an mehrere Schankwirthe: „In Ihrem Schankwirtschaftslokale finden von Seiten solcher Arbeiter, welche die Arbeit eingestellt haben und die Wiederaufnahme der Arbeit zu verhindern suchen, Auflagen statt. Da Sie zu diesem Zwecke die Geländnis, Schankwirtschaft zu betreiben, nicht erhalten haben, durch die Duldung solcher Auflagen aber das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer erschüttert und die öffentliche Mothsahrt gefährdet wird, so wird Ihnen hiermit die Duldung solcher Auflagen mit dem Bemerkten verboten, daß, wenn Sie vermöge Ihres Hausrechts dieselben nicht zu verhindern vermögen, Ihre Schankwirtschaft im öffentlichen Interesse geschlossen wird.“ Kollegen! Vost und auch fernherhin nicht im Stich, verfortigt uns mit der nöthigen Munition und wir werden siegen! Alle Sendungen bitten wir zu richten an C. Schneider, Leipzig, Schloßgasse Nr. 11. Mit kollegialem Grusse: Die Former Leipzigs. Im Auftrage: C. Grenz, C. Schneider.

Ein naives Klageklieb läßt sich die „Tante Vog“ von irgend einem Gravier Schuster oder Handwerksmeister aus Lübbenau vorbringen: „Von unseren Handwerksmeistern, namentlich Schneidern und Schuhmachern, wird vielfach über

Mangel an Arbeitskräften geklagt. Weder Gesellen noch Lehrlinge sind trotz wiederholten Aufrufs zu erhalten. Fleißige Gesellen werden von den Meistern festgehalten; andere, die mit der Arbeit aus gespanntem Fuße stehen, ziehen es vor, ein lustiges Wanderleben, wenigstens den Sommer über, zu führen. Die Verpflegungsstationen bieten Ihnen hierzu die passendste Gelegenheit. So gut diese Anstalten einerseits sind, indem sie dem Schwelmer ein Ende bereiten, ebenso nachtheilig sind sie andererseits, indem sie der Faulheit Vorschub leisten. Es ist eben nichts Vollkommenes auf der Welt.“ — Daß sich nach Lübbenau keine besonders tüchtigen Schneider- und Schuhmachergesellen vertrieben, liegt in den jammervollen Lohnverhältnissen in dortiger Gegend, besonders für die Handwerksgehilfen. 3-4 Mark Wochenlohn bei 12-13 stündiger Arbeitszeit, einem recht kläglichen Essen und einer Bodenstube als Schlafstelle, das ist keine Seltenheit, so daß gerade diejenigen Gesellen, welche nicht mit guter Arbeit auf gespanntem Fuße leben, jene Gegend meiden. Was die Verpflegungsstationen in jener Mittheilung überhaupt zu thun haben, ist nicht recht klar, da jeder weiß, daß auf denselben für ein längliches „Geheim“ schwere Arbeit verrichtet werden muß. Dadurch soll der Faulheit Vorschub geleistet werden? Daß nichts Vollkommenes auf der Welt ist, ist gewiß wahr und ein ebenso neuer, als tiefgründiger Gedanke — den Beweis dieser Unvollkommenheit aber an den Verpflegungsstationen zu führen, ist übrigens dieselbe Arbeit, als wenn man Eulen nach Athen trägt.

Der volkswirtschaftliche Kongreß, der von 20. bis 23. September in Nürnberg tagte, hat, wie nicht anders zu erwarten, den gesetzlichen Maximalarbeitstag verworfen. Dagegen wurde erklärt, daß eine Reduktion der Arbeitszeit, soweit sie unbeschadet der industriellen Leistungsfähigkeit möglich, als ein wichtiger Kulturfortschritt anzuerkennen und anzustreben sei und daß auf eine Verbesserung der Arbeitsverhältnisse durch Abklärung der Arbeitszeit hingewirkt werden müsse, insofern in einzelnen Gewerbebetrieben die regelmäßige Tagesarbeitszeit eine zu lange sei. — Wenngleich die Herren hier den Belg zu malchen suchen, ohne ihn naß zu machen, wenngleich die ganze Erklärung verschwommen ist und an bekannter liberaler Halbheit nichts zu wünschen übrig läßt, so erkennt man doch, daß die Mancherleute unter dem Drucke der gegenwärtigen Arbeiterbewegung stehen. Niemals haben die Herren bis jetzt kürzere Arbeitszeit empfohlen, sie haben früher immer die Forderung der Abklärung der Arbeitszeit als eine Prämie für die Faulheit bezeichnet und wie die damaligen Phrasen alle heißen mochten. Es hat zwar keine praktische Bedeutung mehr, was die Herren Braun, Bamberger und Genossen sagen, aber immerhin ist eine solche Erklärung zu registriren als ein Zeichen der Zeit.

In Leipzig mischt sich jetzt die Polizei mit großer Energie in die Arbeiterbewegung. Sie hat auf Grund des sächsischen Vereinsgesetzes die Streikkomitees der Formet und Buchbinder aufgelöst und damit gezeigt, wie es mit der Koalitionsfreiheit in Deutschland steht. — Ferner duldet die Amtshauptmannschaft nicht, daß auf öffentlicher Straße Personen vor Etablissements, wo ein Streik ausgebrochen ist, sich aufstellen und die fortarbeitenden Arbeiter zur Theilnahme an der Arbeitseinstellung zu überreden suchen. Das ist ein direkter Eingriff in das Koalitionsrecht! Gendarmen und Ortpolizei sind zur strengsten Vigilanz angewiesen. Außerdem werden zahlreiche Versammlungen der Gewerbe, welche sich im Streik befinden, auf Grund des Sozialistengesetzes verboten. Wie man sieht, stellen sich die Polizeigewalt dort direkt auf Seite der Unternehmer.

Zum Kapitel der Enquete über die Sonntagsruhe dürfte folgendes erheiternde Stückchen von Interesse sein. In Chemnitz legte der Inhaber eines Damenmantelgeschäfts die Fragebogen aus seinen Arbeiterinnen vor. Auf die Frage der Mädchen, was dieselben bedeuteten, gab der Prinzipal die erläuternde Erklärung: „Ihr sollt antworten, ob Ihr künftig noch Sonntags arbeiten wollt, vernimmt Ihr dieses, so dürft Ihr künftig am Sonntag Euch weder die Strümpfe waschen, noch einen Untertrock fäden. Darauf erklärten die Arbeiterinnen einstimmig, daß sie ein Verbot der Sonntagsarbeit nicht wünschten. Es geht doch nichts über die „auffällende Belehrung“ eines menschenfreundlichen Unternehmers!

Grubenunfallstatistik. Im Oberamtsbezirk Dortmund sind im verflohenen Jahre bei der Bergarbeit im Ganzen 356 Arbeiter tödtlich verunglückt; im Oberbergamtsbezirk Bonn 143, Breslau 138, Halle 62 und Klausthal 16. Im ganzen preussischen Staat waren 291 901 Arbeiter auf den unter staatlicher Aufsicht stehenden Bergwerken thätig, von denen 715 Mann oder je 1 von 408 gegen 7 2 oder 1 von 381 im Jahre vorher tödtlich verunglückt. Beim Steinlohlenbergbau, der 190 707 Arbeiter beschäftigte, verunglückten 567 Mann oder je 1 von 336 gegen 601 Mann oder 1 von 435 im Jahre vorher. Auf 1 Verunglückten entfallen beim Steinlohlenbergbau im Oberamtsbezirk Breslau 118 862 T. mit 555 457 M. Werth, in Halle 209 545 T. mit 832 034 M., in Dortmund 81 512 T. mit 389 402 M., in Bonn 80 242 T. mit 649 536 M. und in Klausthal 68 959 T. mit 616 275 M. Werth. — Uebrigens ist es sehr bezeichnend, daß bei solchen Statistiken das Menschenleben mit dem Werthe der geförderten Produkte in Vergleich gestellt wird.

Nahrungsmittelverbrauch. Der Jahresbericht des Chefs des Vollen- und Marktdienstes auf der Seine-Präfektur, Herrn Morillon, über den Nahrungsmittelkonsum von Paris stellt folgenden Vergleich zwischen dem Brod- und Fleischkonsum von Paris und den übrigen größeren Städten des Landes auf: in Paris entfallen 152 Kilogramm Brod jährlich auf den Einwohner und damit gehört die Hauptstadt zu den zehn Städten des Landes, die den geringsten Brodkonsum haben: Orleans 132 Kilogr., Versailles 134, Belfort 138, Valence 147, Lyon 152, wie Paris, Digne 155, Montpellier 156, Angers 157, Roulin 159. Die zehn Städte, in denen der Brodkonsum am stärksten ist, sind: Le Bay 334 Kilogr., Mende 296, Saint-Y 298, Clermont-Ferrand und Tarbes 291, Lourcoing 282, La Roche-sur-Yon 272, Nantes 271, Corzeux 235, Tulle 252. In den volkreichsten Städten Frankreichs verhält es sich mit dem Fleischkonsum wie folgt: Paris 84 Kilogr. per Einwohner, Bordeaux 81, Lyon 73, Marseille 69, Rouen 63, Toulouse und Saint-Etienne 58, Lille 53. Am meisten Fleisch wird verzehrt in Pau, 93 Kilogr. per Einwohner, Melun 91, Beauvais und Perpignan 87, Guéret, Besancon, Chaumont und Belfort 86, Chalons 85, Paris 84; am wenigsten in Naccio, 37 Kilogr., Draguignan 42, Digne 48, Nantes 50, Roubaix 51, Privas, Chateaufour, Laval und Brest 52, Lille 53. Was den Weinkonsum betrifft, so stehen Paris und Lyon mit 212 Litern per Einwohner auf derselben Höhe; sie werden aber von Nizza übertroffen, das mit 279 Litern an der Spitze steht; zu allerletzt kommt Privas mit 117 Litern. — Schlecht leben die Pariser sicherlich nicht, wenn sie neben 168 Pfund Fleisch pro Kopf der Bevölkerung (Greise und Kinder einbezogen) jährlich 212 Liter Wein verzehren.

Vereine und Versammlungen.

H-n. Herr Reichstagsabgeordneter Paul Singer hielt am Montag Abend im Louisenstädtischen Konzerthause, Alte Jakobstraße, vor einer stark besuchten Volksversammlung einen höchst interessanten und instruktiven Vortrag über den sozialdemokratischen Arbeiterschau-Besegentwurf. Redner, bei seinem Erscheinen auf das Freundlichste bewillkommnet, sprach sich unter stets steigendem Beifall ungefähr folgendermaßen aus: Die glorreichen Siege, welche die sozialdemokratische Partei bei den letzten Reichstagswahlen errungen hat, sind für die Führer derselben ein Ansporn gewesen, dem arbeitenden Volke durch Ausarbeitung und Vorlegung eines Arbeiterschau-